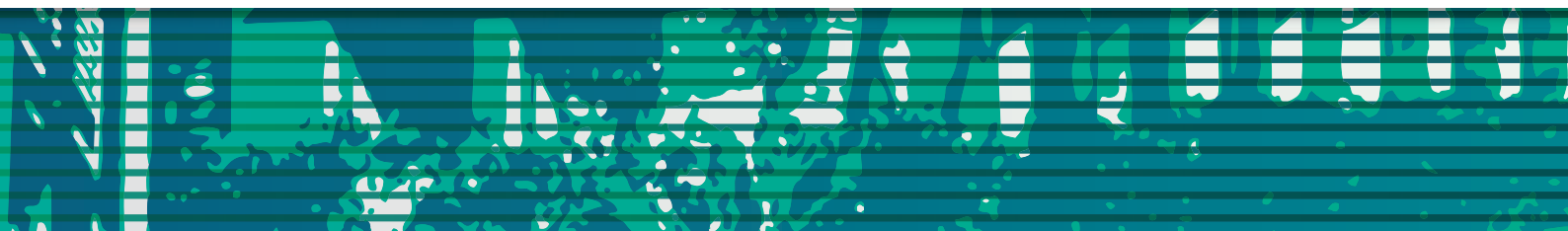




137. Geschäftsbericht

Geschäftsjahr 2025



Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

Inhalt

Organe der Kasse	3
Kassenämter/Mitgliedschaften	4
Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2025	5
Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2025.....	17
Anhang.....	21
Vermögens- und Bestandsentwicklung 2025	33
Bestätigungsvermerke	39

Organe der Kasse

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der Kasse. Sie besteht aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus 14 ordentlichen Mitgliedern und einer grundsätzlich entsprechenden Anzahl von Stellvertretern. Es ist paritätisch besetzt.

Ordentliche Mitglieder des Kuratoriums:

Vorsitzender (Arbeitgebervertreter):

- Geschäftsführer (bis 30.06.2025)/Prokurist (bis 31.08.2025) Dipl.-Ing. Michael Emschermann, VWG Verkehr und Wasser GmbH, Oldenburg,

stellvertretender Vorsitzender (Arbeitnehmervertreter):

- Vorhandwerker Erich Jung, KVG Kahlgrund Verkehrsgesellschaft mbH, Schöllkrippen.

Arbeitgebervertreter:

- Prokurist Dipl.-Betriebsw. (FH) Jürgen Behringer, SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH, Lahr,
- Prokurist Dipl.-Ing. Architekt Hermann Dumke, Ruhrbahn GmbH, Essen (ab 26.06.2025),
- Geschäftsführer Michael Feller, Ruhrbahn GmbH, Essen (bis 31.03.2025),
- Prokuristin Katharina Jehle, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln (ab 27.11.2025),
- Geschäftsführer Dr. Lorenz Kasch, VHH Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH, Hamburg,
- Geschäftsführer Matthias Meyer, AKN Eisenbahn GmbH, Kaltenkirchen,
- Kaufmännischer Geschäftsführer Nicolai Volkmann, metronom Eisenbahngesellschaft mbH, Uelzen,
- Vorstandsvorsitzender Uwe Wedig, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln (bis 05.11.2025).

Arbeitnehmervertreter:

- Angestellte Katja Balzer, Ruhrbahn GmbH, Essen,
- Sachbearbeiter Jörn Böge, VHH Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH, Hamburg,
- Techn. Angestellter Dirk Collin, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln,
- Verwaltungsangestellter Andreas Evers, VKP Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH, Kiel,
- Rentner Helmut Hackel, SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH, Lahr,
- Werkmeister Alexander Wagner, BZB Bayerische Zugspitzbahn Bergbahn AG, Garmisch-Partenkirchen.

Stellvertreter:

Arbeitgebervertreter:

- Prokurist Torsten Berger, SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH, Lahr (Stellvertreter für Prokurist Dipl.-Betriebsw. (FH) Jürgen Behringer),
- Personalleiter und kfm. Leiter Jens Behrens, VWG Verkehr und Wasser GmbH, Oldenburg (Stellvertreter für Geschäftsführer Dipl.-Ing. Michael Emschermann),
- Prokurist Dipl.-Ing. Architekt Hermann Dumke, Ruhrbahn GmbH, Essen (Stellvertreter für Geschäftsführer Michael Feller, bis 25.06.2025),
- Prokuristin Katharina Jehle, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln (Stellvertreterin für Vorstandsvorsitzenden Uwe Wedig, ab 29.08.2025 bis 27.11.2025),
- Hauptgeschäftsführerin Aline Thomas, HDN Haftpflichtgemeinschaft Deutscher Nahverkehrs- und Versorgungsunternehmen, Bochum (Stellvertreterin für Geschäftsführer Matthias Meyer, ab 29.08.2025),
- Prokurist Frank Wöstmann, VHH Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH, Hamburg (Stellvertreter für Geschäftsführer Dr. Lorenz Kasch),
- Geschäftsführerin Kerstin Vedder, VKP Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH, Kiel (Stellvertreterin für Kaufmännischen Geschäftsführer Nicolai Volkmann, ab 29.08.2025).

Arbeitnehmervertreter:

- Personalreferentin Birgid Bukenberger, BZB Bayerische Zugspitzbahn Bergbahn AG, Garmisch-Partenkirchen (Stellvertreterin für Werkmeister Alexander Wagner),
- Rentner Rolf Höft, VKP Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH, Kiel (Stellvertreter für Verwaltungsangestellten Andreas Evers),

- Angestellter Hermann Lenz, SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH, Lahr (Stellvertreter für Verwaltungsangestellten Helmut Hackel),
- Angestellte Walburga Ludwig-Nikodem, Ruhrbahn GmbH, Essen (Stellvertreterin für Angestellte Katja Balzer),
- Personalreferentin Silke Stemmann, EVB Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH, Zeven (Stellvertreterin für Sachbearbeiter Jörn Böge),
- Angestellte Iris Wilke, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln (Stellvertreterin für Techn. Angestellter Dirk Collin),
- Betriebsratsvorsitzender Denis Wodtke, KVG Kahlgrund-Verkehrs-Gesellschaft mbH, Schöllkrippen (Stellvertreter für Vorhandwerker Erich Jung).

Mitglieder des Vorstandes:

Der Vorstand besteht aus 2 Mitgliedern und führt die Geschäfte der Kasse.

- Stefanie Grünert MBA, Köln, Vorstandsmitglied,
- Rechtsanwalt Bernd Wilhelm-Werkle LL.M., Köln, Vorstandsmitglied.

Wichtige Termine (Hauptversammlung und Kuratorium)

- | | |
|--------------------------------------|------------|
| • Sitzung des Kuratoriums (virtuell) | 14.03.2025 |
| • Sitzung des Kuratoriums in Essen | 26.06.2025 |
| • Hauptversammlung in Köln | 29.08.2025 |
| • Sitzung des Kuratoriums in Köln | 29.08.2025 |
| • Sitzung des Kuratoriums in Köln | 27.11.2025 |

Kassenämter

Treuhänder (§§ 128–130 VAG)

- Dr. jur. Hans-Peter Ackmann, Treuhänder 01.01.2024–31.12.2026
- Karl-Heinz Frede, Stellvertretender Treuhänder 01.01.2024–17.01.2025 (verstorben)
- Axel Discher, Stellvertretender Treuhänder 14.03.2025–03.07.2026 (verstorben)

Verantwortlicher Aktuar (§§ 141 VAG)

- Dipl.-Math. Daniel Fröhn (Aktuariat Heubeck und Partner, Köln), 01.01.2024–31.12.2026

Mitgliedschaften

Organisationen

- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V. (aba),
- Pensions-Sicherungs-Verein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (PSVaG)

I. Basisinformationen

1. Der Vorstand hat die Jahresrechnung in Erfüllung seiner Verpflichtung aus § 58 Abs. 2 der Satzung aufgestellt und legt den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 vor. Der Rechnungsabschluss wurde unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Bestimmungen aufgestellt.

2. Die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen war bis zum 31. Dezember 2005 eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln; seit dem 1. Januar 2006 ist sie ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG), und zwar ein sog. kleinerer VVaG im Sinne von § 210 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), mit Sitz in Köln (§ 1 PK-Satzung). Durch Bescheid der BaFin vom 20. Oktober 2005 ist die Kasse antragsgemäß mit Wirkung zum 1. Januar 2006 zur regulierten Pensionskasse im Sinne von § 118b Abs. 3 VAG (jetzt § 233 VAG) erklärt worden, weil sie eine typische Firmenpensionskasse und kein am allgemeinen Markt tätiges Wettbewerbsunternehmen darstellt.

Die Rechtsverhältnisse der Kasse richten sich nach dem Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen vom 5. März 1956, zuletzt grundlegend geändert durch das Gesetz zur Änderung des VAG vom 15. Dezember 2004 (BGBl. 2004 I, Nr. 69, Seite 3416 ff., Seite 3426 f.), und nach der Satzung der Kasse, deren am 1. Januar 2006 geltende Fassung sich aus der Rechtsverordnung des BMF vom 14. Januar 2006 ergibt (BGBl. 2006 I, Nr. 5, Seite 166–205). Zwischenzeitlich sind jedoch umfangreiche Satzungsänderungen in Kraft getreten, so dass aktuell die PK-Satzung vom 01.01.2006 in der ab dem 06.10.2025 gültigen Fassung gilt. Diese ist auf den Internetseiten der Kasse unter www.pkdes.de abrufbar.

Nach § 2 Abs. 1 der Satzung hat die Kasse den Zweck, die Altersversorgung der Arbeitnehmer der beteiligten Arbeitgeber (Verkehrs- und Versorgungsunternehmen) in Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung sicherzustellen.

3. Die Kasse hat folgende Versicherungsabteilungen:

Abteilung A:

Altbestand – Versicherungsverhältnisse, die nach dem 30. Juni 1948 und vor dem 1. Januar 2000 erstmals bei der Kasse begründet wurden. Es handelt sich um eine Zusatzversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Abteilung A 2000:

Neubestand – Versicherungsverhältnisse, die nach dem 31. Dezember 1999 erstmals bei der Kasse begründet wurden. Es handelt sich um eine Zusatzversicherung zur

gesetzlichen Rentenversicherung mit gegenüber Abteilung A abweichenden Versicherungsbedingungen.

Abteilung G 1:

Sonderbestand – Rentenverhältnisse der ehemaligen Werkspensionskasse der Essener Verkehrs-AG, die mit Wirkung vom 31. Dezember 1969 übernommen wurden. Im Jahr 2025 ist die letzte Rentenempfängerin verstorben. Zum Stichtag 31.12.2025 wurde satzungsgemäß das Vermögen der Abteilung G 1 auf die Abteilung G 2 übertragen.

Abteilung G 2:

Sonderbestand – Versicherungsverhältnisse der ehemaligen Werkspensionskasse der Essener Verkehrs-AG, die mit Wirkung vom 31. Dezember 1969 übernommen wurden.

Abteilung H 1:

Rentenverhältnisse der Ruhegeldkasse der Köln-Bonner Eisenbahnen AG (RULO), die mit Wirkung vom 1. Januar 1992 übernommen wurden.

Abteilung H 2:

Versicherungsverhältnisse der Ruhegeldkasse der Köln-Bonner Eisenbahnen AG (RULO), die mit Wirkung vom 1. Januar 1992 (nach dem Satzungsrecht der RULO bis 31. Dezember 1991 erworbenen Anwartschaften) übernommen wurden.

Abteilung Z 2002:

Neubestand – Versicherungsverhältnisse, die ab dem 1. Januar 2002 erstmals begründet wurden. Es handelt sich um eine Zusatzversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung, die den Zweck hat, einen förderfähigen Durchführungsweg für die ergänzende kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung und sonstige Beiträge nach den Bestimmungen des Altersvermögensgesetzes vom 26. Juni 2001 (in seiner jeweils gültigen Fassung) bereit zu stellen (sog. „Riester-Rente“).

Die Kasse arbeitet in allen Abteilungen nach dem Kapitaldeckungsverfahren. Die von der Kasse zu zahlenden Renten werden aus Beiträgen, die von den Arbeitnehmern und/oder beteiligten Arbeitgebern während der aktiven Dienstzeit der Arbeitnehmer gezahlt wurden, sowie aus den Vermögenserträgen und aus den staatlichen Altersvorsorgezulagen finanziert.

4. Die Kasse ist unbeschränkt steuerpflichtig (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer).

II. Anmerkungen zum Geschäftsjahr 2025

1. Kennzahlen auf einen Blick

Weiterhin blieben die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft auch im Jahr 2025 herausfordernd. Seit dem Regierungswechsel in den USA am 20.01.2025 verändert sich das Weltbild gravierend. Nach Aussagen der US-Regierung ist das Ziel dieser neuen Wirtschaftspolitik, mit Zöllen, Deregulierung und Steuersenkungen die heimische Industrie zu schützen, die Produktion der US-Unternehmen zu steigern und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Im Ergebnis konnte die US-Regierung bislang das Handelsdefizit auf rund 30 Milliarden Dollar senken und 2025 ca. 200 Milliarden Dollar an Zolleinnahmen verzeichnen. Die US-Staatsverschuldung hat trotzdem erstmals die Marke von 38 Billionen Dollar überstiegen und muss als beunruhigend eingestuft werden. Auch die Staaten in Europa weisen deutlich gestiegene Staatsverschuldungen auf. Beispielsweise steckt Frankreich tief in einer Haushaltskrise. Die Bonitätsnote wurde seitens der Ratingagenturen abgesenkt, da Frankreich derzeit eine schwere politische Instabilität erlebt und diese daher die französische Wirtschaft beeinträchtigen wird, indem sie die Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch und damit das Wachstum bremst. Mit ca. 3,3 Billionen Euro Schulden verfügt Frankreich über die höchsten Schulden in der Europäischen Union. Nach Griechenland und Italien ist dies gemessen an der Wirtschaftsleistung die dritthöchste Verschuldung. Dies gilt ebenso für die französischen Staatsausgaben, die zu den höchsten in Europa zählen.

Geopolitische Krisenherde, darunter der anhaltende Krieg in der Ukraine und die instabile Lage im Nahen Osten, die sich Anfang 2026 zu einem Krieg der USA und Israel gegen den Iran entwickelt hat, bestimmten das Weltgeschehen. Ebenso wirkten sich die wirtschaftlichen und politischen Differenzen zwischen den westlichen Industriestaaten und China aus und beeinträchtigten die wirtschaftlichen und globalen Handelsbeziehungen und Kapitalflüsse.

Trotz dieser negativen Entwicklungen konnte sich der positive Entwicklungstrend bei der Pensionskasse fortsetzen. Nachfolgende Kennzahlen im Überblick weisen eine **stabile Entwicklung in den letzten Jahren** aus:

Kurzüberblick – Kennzahlen in T€	2025	2024	2023
Bilanzsumme	799.736	784.354	766.699
Deckungsrückstellung	751.358	734.149	717.591

Kurzüberblick – Kennzahlen in T€	2025	2024	2023
Kapitalanlagen	780.878	767.474	750.902
Nettoverzinsung	2,54 %	2,61 %	2,71 %
Solvalibitätsquote	140,34 %	140,43 %	123,59 %
Beitragseinnahmen	27.117	25.264	22.942
Anzahl Neumitglieder (Tarife)	1.206	1.228	988
Aufwendungen für Versicherungsfälle	24.491	24.283	23.641

Angesichts des weiterhin intakten Trends zum Stichtag 31.12.2025 für ein gesundes Wachstum in der Kasse verfügt die Pensionskasse über gute Zukunftsperspektiven.

Bestandsentwicklung (Versicherungsverhältnisse)	2025	2024	2023
Rentner (31.12.)	6.597	6.480	6.331
Zugang	454	473	480
Abgang	337	324	356
Anwärter (31.12.)	17.646	16.898	16.166
Zugang	1.206	1.228	988
Abgang	458	496	502

Die Bestandsentwicklung liegt weiterhin auf dem Niveau der Vorjahre. Weitere Details können der letzten Seite des Anhangs entnommen werden. Im Jahr 2025 konnten im Zuge der Digitalisierungen Qualitätssteigerungen in den Datenbeständen vorgenommen werden.

Beiträge in T€	2025	2024	2023
Beitragseinnahmen (inkl. ZfA-Zulagen)	26.650	24.797	22.473
Sanierungsbeiträge	467	467	469
	27.117	25.264	22.942

Die Entwicklung der Beitragseinnahmen weist einen stabilen Aufwärtstrend aus. Bei den hier aufgeführten Sanierungsbeiträgen handelt es sich um die historischen Ratenvereinbarungen aus dem Geschäftsjahr 2019.

Im Jahr 2025 wurden von den an der Kasse beteiligten Arbeitgebern für 119 Arbeitnehmer, die eine Aufnahme in die Kasse verweigert haben, monatlich Abgeltungsbeiträge gemäß § 5 Abs. 1 PK-Satzung in Höhe des regulären Arbeitgeberbeitrags von insgesamt 203 T€ gezahlt.

Leistungen in T€	2025	2024	2023
Rentenzahlungen	23.836	23.610	23.117
einmalige Kassenleistungen	609	603	450
	24.445	24.213	23.567

Die **Rentenzahlungen und einmaligen Kassenleistungen** sind im Jahr 2025 geringfügig im Rahmen

der Erwartungen gestiegen. Weitere Details können dem Ende des Anhangs entnommen werden.

Aus der unten stehenden Grafik ist erkennbar, dass das Aufkommen von Rentenanträgen derzeit bereits auf einem hohen Niveau ist und auch in den nächsten fünf Jahren mindestens so bleiben wird. Entsprechend müssen die Ressourcen effizienter nutzbar gemacht werden.

Buchwert der Kapitalanlagen in T€	2025	2024	2023
Immobilien	10.543	10.922	11.301
Fonds	5.165	8.306	8.222
Inhaberschuldverschreibungen	535.946	511.772	500.089
Namensschuldverschreibungen	139.650	141.650	141.000
Schuldscheindarlehen	82.974	82.974	85.676
Einlagen bei Kreditinstituten	6.600	11.850	4.613
	780.878	767.474	750.902

Bei den **Kapitalanlagen** ist ein Anstieg des Volumens im üblichen Rahmen zu verzeichnen. Die Zu- und Abschreibungen bewegen sich im erwarteten Rahmen. Größere bonitätsbedingte Abschreibungen waren nicht notwendig. Bei den Immobilien sind lediglich altersbedingte Abschreibungen zum Tragen gekommen. Bei den seit langem im Bestand der Kasse befindlichen zwei Publikumsfonds hat im Dezember ein Verkauf bei einem Fonds unter Realisierung eines Verlusts von 77 T€ zwecks Risikominderung stattgefunden. Neuanlagen sind im Wesentlichen in Inhaberschuldverschreibungen im Investment Grade getätigt worden. Bei den Namensschuldverschreibungen sind Tilgungen erfolgt. Die Schuldscheindarlehen blieben konstant. Über den Jahreswechsel

wurden Termingeldanlagen getätigt, die im Januar 2026 neu in Wertpapieren angelegt wurden. Mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Kasse sowie auf die nach wie vor hohen stillen Lasten von saldiert 102 Mio. € wurden keine Investitionen in Anlageklassen mit ausgeweitetem Risiko-profil (z.B. Aktien) getätigt. Kapitalzuflüsse aus Fremdwährungsanleihen wurden nach Möglichkeit in Euro konvertiert. Tilgungen führten dabei im Zeitpunkt des Zuflusses durch die buchhalterische Umrechnung in Euro zu Verlusten in Höhe von 812 T€, die sich auf die Nettoverzinsung ausgewirkt haben. Insgesamt bewegt diese sich auf dem Niveau der Vorjahre.

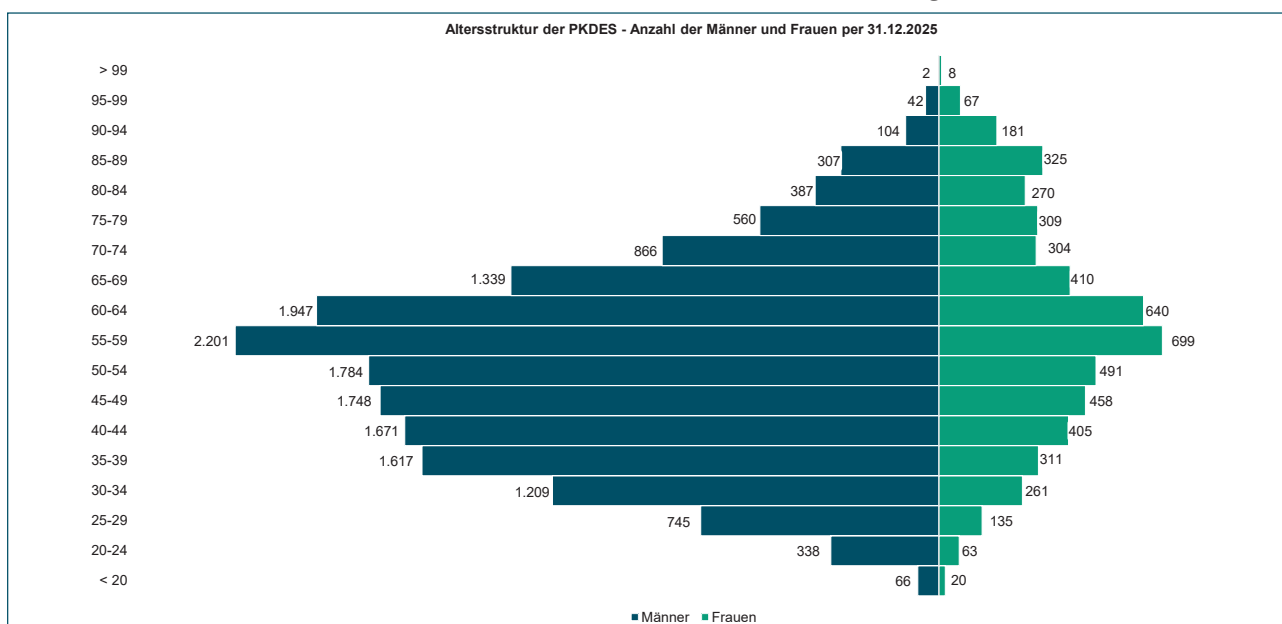
Nettoverzinsung mit Beträgen in T€ (ohne Sondervermögen)	2025	2024	2023
Ergebnis aus Kapitalanlagen	19.708	19.852	20.124
mittlerer Kapitalanlagenbestand	774.420	759.188	742.076
	2,54 %	2,61 %	2,71 %

Bei den **Neu- und Wiederanlagen im Wertpapierbereich** konnten bei einem besonders geringen Risikoprofil nachfolgende Investitionen getätigt werden:

Neu- und Wiederanlage	2025	2024	2023
Ø Laufzeit	12 Jahre	14 Jahre	16 Jahre
Ø Rating	AA	AA	AA
Ø Rendite	3,50 %	3,50 %	3,37 %

Dabei hat die Kasse insbesondere auf die Sicherstellung der langfristigen Liquiditätsplanung geachtet und sich auch für etwaige mittel- bis langfristige Veränderungen bei den Trägerunternehmen gewappnet, um nicht zu einem späteren Zeitpunkt zu Verkäufen zu ungünstigen

Aktuell stellt sich die Altersstruktur der Versicherten in der Pensionskasse wie folgt dar:



Zeitpunkten gezwungen zu werden. Aus diesem Grund wurde auch nicht in komplexe Wertpapierstrukturen investiert.

Bei den **Verwaltungskosten** liegt das Kostenniveau etwas unter dem Vorjahr, aber weiter deutlich über dem Niveau des Jahres 2023. Hintergrund sind die vielen Projekte, die aus der Notwendigkeit zur effizienteren Nutzung der IT-Infrastruktur und neuen Softwarelösungen geboren sind, sowie die erforderliche Umsetzung der Vorgaben aus der EU-Verordnung zum Digital Operational Resilience Act (DORA) ab dem 17.01.2025. Einen besonders hohen Kostenanteil hat insbesondere der überwiegend einmalige, aber hohe externe Beratungsbedarf bei den IT-Spezialisten (insbesondere Konfigurationen), den Steuerberatern, den Wirtschaftsprüfern sowie beim Aktuariat verursacht.

Verwaltungskosten in T€	2025	2024	2023
Abschlussaufwendungen	150	166	46
Schadenregulierungsaufwendungen	56	64	70
Aufwendungen für die Verwaltung von Verträgen	1.917	1.632	1.576
Sonstige Aufwendungen	886	1.300	619
	3.008	3.161	2.311

Steuerberechnungen	2025
Abbau des Vorjahrespostens Aktive latente Steuern	231.449,33
Einstellung des Geschäftsjahrespostens Passive latente Steuern	926.530,15
Aufwand aus der Steuernachzahlung für das Vorjahr	10.847,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag insgesamt	1.168.826,93

Die Werte der Steuerberechnungen werden durch eine externe Steuerberatungsgesellschaft erstellt und deren Ergebnisse hier aufgeführt. Die Berechnung der latenten Steuern basiert auf den Prognoserechnungen der Kasse für die nächsten 5 Jahre. Bedingt durch die Änderung der Prognoserechnungen infolge des erstmaligen Einbezugs von Zuweisungen an die Rückstellung für Beitragserstattung haben sich diese Zahlenwerte verändert. Daraus entsteht ein Steueraufwand von 1,17 Mio. €.

2. Vergütungsstrukturen der Kasse

Die Kasse erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme im Versicherungsbereich uneingeschränkt, die sich aus §§ 25, 34 Abs. 2 VAG in Verbindung mit der Versicherungsvergütungsverordnung (VersVergV) vom 18.04.2016 ergeben.

Die Vergütungen der Arbeitnehmer der Kasse sind durch Tarifvertrag oder arbeitsvertragliche Bezugnahmeklausel

auf einen Tarifvertrag (TVöD-Bund) geregelt, so dass sie nicht unter den Geltungsbereich dieser Vorschriften fallen. Unabhängig davon hat das Kuratorium unserer Kasse im Rahmen der jährlichen Beschlussfassung über den vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplan (einschließlich Stellenverzeichnis) die Möglichkeit, sich von der Angemessenheit des Vergütungssystems für die Mitarbeiter/innen zu überzeugen.

Das hierfür zuständige Kuratorium der Kasse hat am 01.12.2017 die Angemessenheit des seit dem Jahr 2014 unveränderten Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder der Kasse pflichtgemäß überprüft und dabei insbesondere die Grundsätze des § 3 Abs. 2 Satz 1 VersVergV beachtet. Mit allen Vorstandsmitgliedern der Kasse besteht ein schriftlicher Anstellungsvertrag, in dem die Vergütung nach diesen Grundsätzen abschließend geregelt ist. Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder der Kasse enthalten keine variablen, insbesondere keine erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteile. Die Vergütung der Kuratoriumsmitglieder wurde entsprechend § 3 Abs. 3 Satz 3 VersVergV zuletzt von der ordentlichen Hauptversammlung 2025 auf der Basis von § 54 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 unserer Satzung mit Wirkung zum 01.01.2026 neu festgesetzt und dabei moderat (Inflationsausgleich) erhöht.

3. Erfüllung der Solvabilitätsanforderungen / Ergebnisse des versicherungsmathematischen Gutachtens zum 31.12.2025

Die Höhe der Deckungsrückstellung wird auf Verlangen der Aufsichtsbehörde (BaFin) seit dem Jahr 2020 jährlich durch ein externes versicherungsmathematisches Gutachten berechnet. Am 28.04.2026 sind dem Vorstand der Kasse die wesentlichen Ergebnisse des versicherungsmathematischen Gutachtens zum 31.12.2025 der Heubeck GmbH übermittelt worden. Die Erhöhung der Deckungsrückstellung beträgt 17,21 Mio. € und beinhaltet eine Verstärkung der Verwaltungskostenrückstellung der Abteilungen A und G 2 um 2,00 Mio. €

Solvabilität in T€	2025	2024	2023
Verlustrücklage abzgl. Imm. VG	43.343	43.286	37.703
(freie) RfB	1.413	500	0
Deckungsrückstellung	751.358	734.149	717.591
Solva-Ist	44.757	43.786	37.703
Solva-Soll	31.891	31.181	30.506
Solvabilitätsquote	140,34 %	140,43 %	123,59 %
Mindestverlustrücklage	6,00 %	4,50 %	4,50 %

Die zur Erfüllung unserer Verpflichtungen und der Solvabilitätsanforderungen im Jahr 2025 nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars erforderliche

Rendite von 2,36 % bezogen auf die mittlere Deckungsrückstellung (ohne pauschale Verstärkung) der Kasse, deren Höhe mit 741,659 Mio. € deutlich unter der Höhe des durchschnittlichen Gesamtvermögens von 787,116 Mio. € liegt, wurde mit 2,65 % um 0,29 % (2,152 Mio. €) überschritten.

Entsprechend der Ausführungen im 136. Geschäftsbericht hat die Kasse 1,005 Mio. € in die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückstattung (RfB) eingestellt. Diese werden überwiegend der freien RfB zugeordnet. Die Kasse plant zukünftig die RfB sukzessive aufzustocken, um in den nächsten Jahren eine Leistungsverbesserung („Rentenerhöhung“ für Rentner und Anwärter) durchzuführen. Da die praktische Umsetzung von Leistungsverbesserungen mit einem hohen Kostenaufwand verbunden ist, soll zunächst ein größerer Betrag angesammelt werden, bis der Betrag ausreichend hoch ist, um im Nachgang auch eine für unsere Versicherten deutlich spürbare Verbesserung zu erreichen. Die RfB der Abteilung H 1 wird dagegen für eine Leistungsverbesserung zum 1.1.2027 gebunden, da die vorhandenen Mittel dieser kleinen Abteilung bereits für eine deutliche Leistungserhöhung ausreichen.

4. Risikomanagement und Geschäftsorganisation

a) Gesetzliche Rahmenbedingungen

Die PKDES unterliegt als regulierte Pensionskasse und Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). Aufsichtsrechtliche Mindeststandards und Informationspflichten (vgl. § 234k bis § 234p VAG) werden über die EbAV-II-Richtlinie für die Kasse festgelegt.

Einen Teil dieser Informationspflichten erfüllt unsere Kasse durch die jährliche Erklärung zu den Grundsätzen der Anlagepolitik gemäß §§ 234i, 239 Abs. 2 VAG auf den Internetseiten der Kasse (vgl. die aktuelle Erklärung 2026 zu den Grundsätzen der Anlagepolitik von 26.03.2026). Einen anderen Teil dieser Informationspflichten erfüllt unsere Kasse durch die „Infolyer“, welche allen neuen Versicherten unserer Abteilungen A 2000 und Z 2002 spätestens bei Aushändigung des PK-Versicherungsscheins von den beteiligten Arbeitgebern zu übergeben sind; diese „Infolyer“ wurden mit den Rundschreiben Nr. 402 vom 31.01.2020, Nr. 403 vom 15.05.2020 und Nr. 415 vom 18.01.2021 allen beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen bekannt gemacht.

Die Kasse berücksichtigt keine Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Verordnung (EU) 2019/2088 (Offenlegungs-VO) für sich selbst und für ihre Investitionsentscheidungen (Art. 3 und Art. 6 Offenlegungs-VO). Ebenso berücksichtigt die Kasse bislang auch keine nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeits-

faktoren im Sinne von Art. 4 Abs. 1 Buchstabe b und Art. 7 Offenlegungs-VO. Aufgrund des Umfangs und der Komplexität der Anforderungen an die Offenlegung der nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren (PAI) können diese von der Kasse aufgrund geringer Ressourcen sowie in Anbetracht der Art und des Umfangs ihrer Geschäftstätigkeit nicht erbracht werden. Die Kasse verfolgt im Rahmen ihrer Kapitalanlage keine Nachhaltigkeitsziele im Sinne der Offenlegungs-VO. ESG-Merkmale und nachhaltige Investitionen im Sinne von Art. 8 und 9 Offenlegungs-VO werden nicht gefördert. Die von der Pensionskasse angebotenen Altersvorsorgeprodukte stellen daher keine Finanzprodukte im Sinne der Art. 8 und 9 Offenlegungs-VO dar.

Mit der Verordnung (EU) 2022/2554 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA), hat die Europäische Union eine finanzsektorweite Regulierung für die Themen Cybersicherheit, IKT-Risiken und digitale operationale Resilienz geschaffen, die auch durch die PKDES im Rahmen des Proportionalitätsprinzips anzuwenden ist. Diese Verordnung trägt wesentlich dazu bei, den europäischen Finanzmarkt gegenüber Cyberrisiken und Vorfällen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zu stärken.

b) Risikomanagement

Die Verantwortung für das Gesamtrisikomanagement obliegt dem Vorstand. Grundsätzliche Fragestellungen werden in den i.d.R. monatlich stattfindenden Vorstandssitzungen beraten und gemeinsam entschieden. Auf fachlicher Ebene übernehmen die Abteilungsleiter als Prozessverantwortliche die Risikoidentifikation und -steuerung. Abteilungsübergreifende Themen werden in der Abteilung Risikomanagement und -controlling gebündelt.

Im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie werden unter anderem die Rahmenbedingungen für das Risikomanagement festgelegt. Die wesentlichen Schwerpunkte liegen in der Nutzung eines Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem sich ständig weiterentwickelnden Limitsystem, einer regelmäßigen Risikoüberwachung und -bewertung sowie in einer hohen Transparenz des Gesamtsystems. Seit dem Jahr 2025 wird zunehmend ein GRC-Tool (Governance, Risk, Compliance) implementiert, mittels dessen auch insbesondere das unter DORA optimierte IKT-Risikomanagementsystem zukünftig effizienter mit den geringen Ressourcen der Kasse verwaltet werden kann.

Die PKDES hat entsprechend der gesetzlichen Vorgaben Schlüsselfunktionen besetzt. Aufgrund der Größe der Kasse erfolgte die Besetzung der Schlüsselfunktionen sowie weiterer wichtiger Unterstützungsfunktionen durch externes Fachpersonal für die Bereiche unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF), Interne Revision (IR),

und versicherungsmathematische Funktion (vmF). Das Kassenamt des Verantwortlichen Aktuars (VA) wurde wie auch die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten (DSB) und die IKT-Risikokontrollfunktion IKT-RKF aufgrund des erforderlichen Spezialwissens extern vergeben.

Die Abbildung zeigt die Struktur der Risikosteuerung mit den drei Verteidigungslinien sowie die Einbindung der relevanten Funktionen innerhalb der PKDES.

Entsprechende Berichte werden durch alle genannten Spezialisten regelmäßig erstellt und enthaltene Empfehlungen werden i.d.R. und nach Möglichkeit zeitnah umgesetzt. Der uRCF-Jahresbericht enthält zudem die Bestandteile des Risikoberichts gemäß § 234c Abs. 3 VAG. Die eigene Risikobeurteilung (ERB; 3-Jahres-Turnus) wurde zuletzt zum Stichtag 31.12.2024 mit soliden Ergebnissen in den Stresstestszenarien bis zum Jahr 2038 hochgerechnet durchgeführt. Die Ergebnisse der jährlichen Abschlussprüfung der Kasse, des versicherungsmathematischen Gutachtens, der Stresstests sowie der jährlichen BaFin-Prognoserechnungen fließen ebenfalls aktuell in das Risikomanagement ein.

c) Grundsätze, Organisation und Steuerung der Kapitalanlage

Ziel der gesamten Anlagetätigkeit ist es, durch Art, Umfang und Qualität der Vermögensanlagen die dauerhafte Erfüllbarkeit der Pensionsverpflichtungen sicherzustellen, indem die dafür erforderlichen Nettokapitalerträge erwirtschaftet werden. Die Anlagegrundsätze Sicherheit, Qualität, Rentabilität, Liquidität sowie Mischung und Streuung werden vom VAG vorgegeben. Der Vorstand der Kasse beschließt hierzu jährlich eine interne Anlagerichtlinie und passt diese in der Regel jährlich an

aktuelle Vorschriften, Marktverhältnisse und Investitionsabsichten an; bei Bedarf erfolgt auch eine unterjährige Anpassung. Für 2025 galt die Anlagerichtlinie vom 13.02.2025.

Mindestens in den i.d.R. monatlich stattfindenden Vorstandssitzungen werden die aktuellen Neu- und Wiederanlageinvestitionen erörtert und ggf. in der Folge getätigt. Aufgrund begrenzter Ressourcen werden Investitionen in verschiedene Anlagen üblicherweise ein- bis zweimal im Monat gebündelt. Das Kuratorium erhält hierzu mindestens halbjährlich einen Bericht im Rahmen der jeweils stattfindenden Sitzungen. Der Treuhänder und sein Stellvertreter werden neben dem Tagesgeschäft auch noch einmal ausführlich in den quartalsweise stattfindenden Arbeitssitzungen über den aktuellen Sachstand bei den Kapitalanlagen informiert.

Für das Risikomonitoring besonders risikobehafteter Risikopapiere wurde mit einer Bank ein Anlageberatungsvertrag vereinbart, um mit Blick auf die geringen Ressourcen der Kasse zusätzlich auch Impulse auf besondere Risikosituationen erhalten zu können.

Bei den langjährig bestehenden beiden Publikumsfonds erfolgt zusätzlich ein Risikomanagement durch die den Fonds verwaltende Kapitalanlagegesellschaft und das durch diese beauftragte Fondsmanagement. Ende 2025 wurden sämtliche Anteile eines Publikumsfonds veräußert.

Die Immobilien der Kasse werden von einer externen Hausverwaltung betreut, die jährlich durch einen von der Kasse beauftragten Wirtschaftsprüfer geprüft wird. Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungsberichte und die ggf. notwendigen Maßnahmen werden vom Vorstand

Kuratorium				
Vorstand				
Erste Verteidigungslinie (Selbstkontrolle)	Zweite Verteidigungslinie (Überwachung, Beratung)	Dritte Verteidigungslinie (Überprüfung, Beratung)	Verantwortlicher Aktuar, Treuhänder	BaFin
Internes Kontrollsystem (IKS) und Vier-Augen-Prinzip / Operative Prozesse • Versicherungswesen • Rechnungswesen • Kapitalanlagen • Betrieb	• Risikomanagementsystem • Unabhängige Risikocontrolling-Funktion (uRCF) • Versicherungsmathematische Funktion (vmF) • IKT-Risikokontrollfunktion • ISB • DSB	• Recht • Interne Revision		

in der auf die Vorlage der Berichte folgenden Vorstandssitzung beraten. Die Verkehrswerte werden mindestens alle 5 Jahre durch einen externen Sachverständigen geprüft.

d) Wesentliche Einzelrisiken

• Exogene Risiken

Exogene Risiken liegen außerhalb des Einflussbereichs der Kasse und lassen sich daher nur sehr begrenzt reduzieren bzw. vermeiden. Sie ergeben sich insbesondere aus Veränderungen der politischen, weltökonomischen oder rechtlichen Rahmenbedingungen sowie aus außergewöhnlichen Ereignissen wie etwa Pandemien oder Kriegshandlungen. Solche Entwicklungen sind frühzeitig zu identifizieren, bei Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen und durch geeignete Maßnahmen in ihren Auswirkungen zu begrenzen. Dies erfolgt unter anderem durch laufende Beobachtung der relevanten Rahmenbedingungen sowie durch den Austausch mit Wirtschaftsprüfern, Geschäftsbanken, vergleichbaren Versorgungseinrichtungen und der Aufsichtsbehörde. Wesentliche negative Auswirkungen exogener Risiken auf das Vermögen der Kasse sind bislang nicht eingetreten.

• Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken setzen sich in erster Linie aus Prämien- und Reserverisiken sowie aus biometrischen Risiken (Alters-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrente) zusammen. Die versicherungstechnischen Risiken werden jährlich durch einen unabhängigen Dritten im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens erfasst und anschließend durch den Abteilungsleiter Risikomanagement und -controlling, den Wirtschaftsprüfer sowie die BaFin überprüft. Die Berechnungen erfolgen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der für die einzelnen Abteilungen der Kasse geltenden Technischen Geschäftspläne. Die Angemessenheit der in den Tarifwerken der Kasse zugrunde gelegten Lebenserwartungen wird angesichts des anhaltenden Anstiegs der allgemeinen Lebenserwartung regelmäßig unter Einbezug der vmF überprüft. Erforderlichenfalls werden in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar die notwendigen Anpassungsmaßnahmen getroffen.

Das Prämienrisiko der Kasse ist gering. Die Beitragseinnahmen sind wegen der zugrunde liegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen, denen sich die beteiligten Arbeitgeber und die Arbeitnehmer nur sehr schwer entziehen können, seit vielen Jahren stabil. Weiterhin ist eine hohe Zahl von Neuzuführungen festzustellen (anders nur in der zahlenmäßig kleineren

Abteilung Z 2002). Es kann daher auch für die nächsten Jahre zumindest mit stabilen, jährlich in etwa um die Rate der Gehaltserhöhungen steigenden Beitragseinnahmen gerechnet werden.

Das Geschäft mit Einmalbeiträgen betreibt unsere Kasse nicht, wenn man von der in Abteilung Z 2002 unserer Kasse bestehenden Möglichkeit absieht, den gesamten Jahresbeitrag in Form einer einzigen Zahlung zu erbringen (jährliche Zahlungsweise, § 30 Abs. 4 der PK-Satzung).

• Kapitalanlagerisiken

Kapitalanlagerisiken trägt die Kasse durch eine den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen genügende gezielte Mischung und Streuung ihrer Kapitalanlagen Rechnung. Der langfristig klare Anlagegeschwerpunkt liegt hierbei im Bereich möglichst wenig risikobehafteter Anlagearten. Entsprechend hoch ist der Anteil an festverzinslichen Wertpapieren mit guter Bonität (Investmentgrade), die im Gesamtportfolio der festverzinslichen Wertpapiere zum Stichtag 31.12.2025 ein durchschnittliches Rating von A aufgewiesen haben.

Wesentlich bestehende Risiken für das Gesamtportfolio liegen derzeit in den hohen stillen Lasten bei den festverzinslichen Wertpapieren sowie im Währungsbereich. Aufgrund der vorgenannten guten Bonität der Emittenten (Investment Grade) im Gesamtportfolio geht die Pensionskasse davon aus, dass spätestens zum Fälligkeitszeitpunkt der einzelnen Wertpapiere sich die stillen Lasten ohne erforderliche Maßnahmen der Kasse auflösen. Beim Abbau von Währungsrisiken verfolgt die Kasse seit 2022 zunehmend die Strategie, bei Kapitalzuflüssen aus Tilgung und Zinszahlungen diese in Euro zu konvertieren, da das Renditeniveau im Eurobereich inzwischen mit ca. 3,5 % im Hinblick auf die Verpflichtungsseite auskömmlich und in einem sicherheitsorientierten Rahmen attraktiv erscheint. Wenn jedoch zum gegebenen Zeitpunkt eine Konvertierung mit höheren Verlusten einhergeht, werden Anleihen in Fremdwährung noch einmal übergangsweise erworben, um den Zeitpunkt der Konvertierung zu verschieben und so möglicherweise später günstiger die Währung tauschen zu können.

Liquiditätsengpässe bestehen aus aktueller Sicht auch in verschiedenen denkbaren Risikoszenarien nicht, da die Kasse seit jeher bei Investitionen auf jährlich regelmäßig stattfindende Tilgungen in der Fälligkeitsstrukturkurve achtet. Somit können einzelne Währungsschwankungen zwar ein Jahresergebnis negativ beeinflussen, führen jedoch aus heutiger Sicht nicht zu einer Schieflage der Kasse und Zwangsverkäufen.

Besonders hohe Risiken, die sich aus Derivaten oder Instrumenten von vergleichbarer Komplexität ergeben könnten, bestehen bei unserer Kasse nicht. Rückversicherungsgeschäfte setzt unsere Kasse zur Risikominderung nicht ein.

- **Operationale Risiken**

Unter dem Begriff operationale Risiken werden solche Risiken zusammengefasst, die aufgrund von Mängeln von Systemen und Prozessen, menschlichem oder technischem Versagen, Rechtsrisiken aus unzureichenden vertraglichen Vereinbarungen sowie externen Ereignissen zu direkten materiellen oder immateriellen Verlusten führen können. Im Zuge der sich derzeit in der Umsetzung befindlichen Digitalisierungsstrategie sollen operationelle Risiken durch menschliches Versagen durch eine stärkere Automatisierung (u.a. technische Plausibilitätskontrollen) reduziert werden. Risiken aus fehlerhaften Abläufen werden durch klare Arbeitsanweisungen und laufende interne Kontrollen minimiert. Sämtliche Schreiben mit rechtsverbindlichem Charakter werden, auch wenn sie von den Sachbearbeitern entworfen wurden, stets vom zuständigen Abteilungsleiter und von einem der beiden Vorstandsmitglieder kontrolliert und unterschrieben. Für Rechtsrisiken aus unzureichenden vertraglichen Vereinbarungen gibt es bei der Kasse bislang keine Anhaltspunkte.

- **Nachhaltigkeitsrisiken und ESG-Risiken**

Nachhaltigkeitsrisiken beinhalten alle Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Kasse haben können. Hierin sind klimabezogene Risiken in Form von physischen Risiken (z.B. Extremwetterereignisse und deren Folgen, langfristige Veränderungen klimatischer und ökologischer Bedingungen) und Transitionsrisiken (die im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft entstehen, z.B. politische Maßnahmen, neue Technologien) eingeschlossen. Mit Blick auf die geringen Ressourcen der Kasse wird kein durchgängiges Konzept verfolgt. Jedoch fließen indirekte Überlegungen mit ein. ESG-Risiken treten in allen Branchen und Ländern auf. Systematisch fließen Risiken direkt und/oder indirekt somit auch in die Bewertungen von Geschäftsmodellen ein. Die PKDES investiert in Wertpapiere, die einen tendenziell hohen Investment Grade Bereich aufweisen. Im Rahmen der Eigenen Risikobeurteilung wurde das Portfolio auch im Hinblick auf ESG-Einstufungen über den bestehenden Anlageberatungsvertrag mit einer Bank im Rahmen eines Screening-Abgleichs untersucht und auch hier wurde eine gute Qualität im Portfolio festgestellt.

5. Weitere Herausforderungen

Neben den bereits vorgenannten regelmäßigen Aufgaben bestanden in nachfolgenden Themen wesentliche Herausforderungen:

- Umsetzung regulatorischer Anforderungen; insbesondere **DORA**;
- Aufbau und Ausbau einer **langfristig effizienten IT-Systemumgebung** mit komplexen vernetzten neuen Softwarelösungen;
- Neben knappen Ressourcen ist nach wie vor eine zunehmende Tendenz längerer **Krankmeldungen und sonstiger Personalausfälle** zu verzeichnen;
- Hohe Fluktuation und fehlende Einarbeitungen bei den Sachbearbeitungen bei einer Vielzahl der beteiligten Arbeitgeber führen zu fehlenden Kenntnissen aus dem Bereich der betrieblichen Altersversorgung und dadurch zu einer **schlechten Qualität der Datenlieferungen und unvollständigen Kommunikation mit der Pensionskasse** sowie auch zu einem hohen Volumen an Rückfragen von Versicherten, da meist bei den beteiligten Arbeitgebern vor Ort kaum noch inhaltliche Fragen beantwortet werden können.

Weiterhin stellt die Kasse massenhaft Postrückläufer und damit hohe Aufwände durch die nicht gepflegten Kontaktadressen durch die Versicherten und/oder teilweise auch durch die beteiligten Arbeitgeber in einem nach wie vor großen Umfang fest.

6. Ergebnis des Geschäftsjahres 2025

Insgesamt handelt es sich bei dem Jahr 2025 um ein Geschäftsjahr, das ohne besondere Materialisierung von Risiken auf der Kapitalanlage Seite, verlaufen ist. Dies ist der besonders guten Qualität der Kapitalanlagen im Portfolio der Kasse zu verdanken. Bei den Tilgungen der Fremdwährungsanleihen gab es im Rahmen der Kapitalrückflüsse bei Tilgungen Wechselkursverluste von 812 T€.

Überraschend wurde zum Stichtag 31.12.2025 im Rahmen der Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars eine im Vergleich zur Vergangenheit ungewöhnlich hohe Steigerung der Verpflichtungsseite ermittelt. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses lag das detaillierte schriftliche versicherungsmathematische Gutachten noch nicht vor.

Hinzu kamen die gestiegenen Kosten durch die zwingend notwendige Umsetzung der DORA-Verordnung sowie die hohen Einmalkosten im Wesentlichen bei den IT-Projekten. Dies führte letztendlich dazu, dass der

Verantwortliche Aktuar eine weitere Erhöhung der Verwaltungskostenrückstellung empfohlen hat.

Nachfolgend werden die wesentlichen Ergebnisse 2025 übersichtlich dargestellt:

Übersicht GuV in T€	2025	2024	2023
Beiträge*	27.117	25.264	22.978
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-24.491	-24.283	-23.641
Veränderung der vt. Rückstellung**	-18.215	-17.058	-30.226
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-2.066	-1.798	-1.622
Ergebnis aus Kapitalanlagen	19.387	19.852	20.124
sonstiges Ergebnis***	-511	-820	-548
Steuern	-1.169	4.412	-8.800
Jahresüberschuss	53	5.569	-21.736

* inkl. Beiträge aus der RfB

** Veränderung der DR und Zuführung zur RfB

*** versicherungstechnisches und nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das **Ergebnis des Geschäftsjahres 2025** war für die Pensionskasse in Summe **zufriedenstellend**. Aufgrund des Überschusses (nach Steuerrückstellung) konnte die Pensionskasse neben der Erhöhung der Verlustrücklage auch der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erneut einen Betrag, diesmal in Höhe von 1 Mio. €, zuweisen. Auch dieser Betrag ist für zukünftig geplante Leistungsverbesserungen vorgesehen. Um Leistungsverbesserungen grundsätzlich vornehmen zu können, wurde der entsprechende Antrag zur Genehmigung des neuen Technischen Geschäftsplans am 13.03.2026 bei der BaFin eingereicht. Dieser enthält die grundsätzlichen Regelungen, nach denen Überschüsse und Bewertungsreserven zukünftig in der Kasse verwendet werden dürfen.

Mit Blick auf das hohe Durchschnittsalter der in der Abteilung H 1 verbliebenen 7 Versicherten und dem überschaubaren Kostenaufwand soll in der Hauptversammlung 2026 über Leistungsverbesserungen zum 01.01.2027 in dieser Abteilung im Umfang von 92 T€ entschieden werden.

III. Sonstiges

1. Zu- und Abgänge beteiligter Arbeitgeber

Der Pensionskasse sind im Jahr 2025 zwei Arbeitgeber neu beigetreten, die HLB Maintenance GmbH (B 332, zum 01.07.2025) und die Brücken-Bahn Bodenwerder GmbH (B 333, zum 02.01.2025). Der Beitritt des zuletzt genannten Arbeitgebers erfolgte aufgrund der Verschmelzung der Vorwohle Emmerthaler Verkehrsbetriebe GmbH i.L. auf die Brücken-Bahn Bodenwerder GmbH. Die Vorwohle-Emmenthaler Verkehrsbetriebe GmbH i.L. ist aufgrund der Verschmelzung erloschen. In beiden Fällen erfolgte ein sogenannter beschränkter Beitritt auf Mitarbeiter, die schon bei der Kasse versichert sind.

Ferner ist die Eibsee Verkehrsgesellschaft mbH & Co.KG zum 01.12.2025 erloschen. Die vorhandenen Versicherungsverhältnisse sind auf die Bayerische Zugspitzbahn Bergbahn AG übergegangen.

Über das Vermögen der Rauschbergbahn GmbH wurde am 28.10.2024 das Insolvenzverfahren eröffnet und befand sich auch im Jahr 2025 noch im laufenden Verfahren.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2025

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres gem. § 285 Nr. 33 HGB haben nicht stattgefunden.

3. Perspektiven für das Geschäftsjahr 2026

a) Bisheriger Verlauf des Geschäftsjahres 2026

Die globalen Themen des Vorjahres setzen sich auch zu Beginn des Jahres 2026 fort. Im ersten Quartal stellte sich angesichts der Krisenlage im Nahen Osten die Frage nach dem sicheren Hafen, den man im Falle einer weiteren Eskalation ansteuern könnte. Staatsanleihen wie US-Treasuries oder deutsche Bundesanleihen gelten traditionell als sichere Häfen. Im März haben die Anleger allerdings festgestellt, dass eine etwaige Konjunkturschwäche durch die Sorge vor steigender Inflation überkompensiert wird. Die Renditen von Bundesanleihen und US-Treasuries stiegen fast um einen halben Prozentpunkt, was bei den im Umlauf befindlichen Papieren zu Kursverlusten führte. Die Kasse konnte in diesem Umfeld langfristige und solide Neu- und Wiederanlagen tätigen.

Die Notenbanken haben parallel jedoch einen anderen Ton angeschlagen. Die EZB hat im März und auch am 30.04.2026 zwar den Leitzins zunächst bei 2 Prozent

belassen, jedoch wurde im Kontext der Entscheidung von einem erheblichen Schock gesprochen und betont, dass man alles Notwendige tun werde, um die Preisstabilität zu sichern. Zinserhöhungen sind damit wieder in den Fokus gerückt. Vor dem Ausbruch des Krieges zwischen den USA und Israel mit dem Iran setzen die Terminmärkte in Europa und den USA auf Zinssenkungen. Heute liegt das Renditeniveau mit über drei Prozent höher als im Jahr 2022. Insofern dürfte der aktuell erwartete Inflationsanstieg geringer ausfallen als noch vor vier Jahren. Entscheidend wird sein, ob sich die Inflation dauerhaft verfestigt oder ob sie nur eine temporäre Erscheinung ist.

Sollte sich das Wirtschaftswachstum bei einer Verschärfung des Konflikts abschwächen, würde dies den Anstieg der Verbraucherpreise vermutlich diesmal stärker bremsen und das aktuelle Renditeniveau wäre ausreichend, damit Anleihen von guter Bonität zum sicheren Hafen werden. Für die aktuelle Kapitalanlagestrategie der PKDES würde dies weiterhin ein gutes Investitionsumfeld darstellen, da das Zinserfordernis deutlich unter dem aktuellen Marktniveau liegt.

Die **Grundsätze seiner Anlagepolitik** für das Jahr 2026 hat der Vorstand der Kasse gemäß §§ 234i, 239 Abs. 2 VAG im März 2026 auf den Internetseiten der Kasse (www.PKDES.de) veröffentlicht, so dass hier auf eine Wiedergabe verzichtet werden kann. Im Rahmen der kontinuierlich fortgeführten Strategie konnten nachfolgende Neu- und Wiederanlagen bislang getätigt werden:

Neu- und Wiederanlage	bis 28.04.2026	2025	2024
Ø Laufzeit	18 Jahre	12 Jahre	14 Jahre
Ø Rating	AA	AA	AA
Ø Rendite	3,73 %	3,50 %	3,50 %

Besondere Risiken haben sich im ersten Quartal 2026 bislang nicht materialisiert. Die unsaldierten stillen Lasten im Wertpapiervermögen liegen zum Stichtag 31.03.2026 bei ca. 127 Mio. € und sind damit auf vergleichbarem Niveau gegenüber dem Jahresende geblieben. Beim Publikumsfonds der SEB (High Yield) haben sich nach der Zuschreibung zum 31.12.2025 zum Stichtag 31.03.2026 stille Lasten in vergleichbarer Höhe von 67 T€ eingestellt.

b) Erwartungen für das Ergebnis des Geschäftsjahres 2026

Bislang läuft das Geschäftsjahr 2026 im Bereich der Kapitalanlage im Rahmen der Erwartungen ohne besondere Auffälligkeiten. Bei den Verwaltungskosten zeichnen sich insbesondere bei den IKT-induzierten Kosten wieder hohe Einmalkosten im Bereich der Projekte bis zum Jahresende ab. Auch die Krankenstände waren bereits im ersten Quartal hoch und führen zur Prüfung neuer Lösungsansätze. Insgesamt jedoch scheint es

bislang ein Geschäftsjahr zu werden, das sich im Rahmen der Erwartungen bewegt. Insofern geht die Kasse nach Kenntnisstand im April davon aus, dass zum Jahresende hin weitere Überschüsse der RfB mit dem Ziel zur Durchführung von Leistungsverbesserungen zugeführt werden können. Der nächste Entscheidungstermin hierzu wird in der Hauptversammlung 2029 stattfinden.

Darüber hinaus geht die Kasse aufgrund der Hochrechnungen für die nächsten 15 Jahre, die mit Unterstützung des Aktuars zum 30.09.2025 unter der Berücksichtigung der Verwendung von Überschüssen erstellt worden sind, davon aus, dass unsere Kasse im Geschäftsjahr 2026 zur uneingeschränkten Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten, inklusive der Solvabilitätsanforderungen, eine Vermögensanlagerendite von etwa 2,31 %, bezogen auf die mittlere Deckungsrückstellung, erzielen muss. Die bisherige Gesamtrendite des Portfolios sowie die aktuelle Neu- und Wiederanlagerendite liegt bislang weiterhin mit über 3 % p.a. langfristig darüber.

Insofern stehen die Chancen gut, dass sich auch das Jahresergebnis 2026 positiv darstellen wird. Negative und nicht planbare Sonderabschreibungen aufgrund von Bonitätsverschlechterungen bei Emittenten der sich im Bestand befindlichen Wertpapiere sind jederzeit möglich. Ebenso stehen diverse Sanierungsmaßnahmen bei den in die Jahre gekommenen Immobilien der Kasse an. Auch weist die Entwicklung der Verwaltungskosten eine steigende Tendenz auf. Auch wenn sehr viele Einmalkosten in den nächsten drei Jahren auf die Kasse zukommen werden, die nicht dauerhaft zu zahlen sind, kann dies dazu führen, dass die Verwaltungskostenrückstellung in der Deckungsrückstellung sicherheitshalber noch einmal auf Empfehlung des Aktuars erhöht werden muss.

c) Dank an die Arbeitnehmer/innen der Geschäftsstelle und unseren Ansprechpartnern bei den beteiligten Arbeitgebern

Die Arbeitswelt verändert sich und somit werden die Beschäftigungsverhältnisse flexibler und auch die betriebliche Altersversorgung unterliegt damit einem Wandel. Tiefgreifende Veränderungen durch neue Technologien wie zum Beispiel die Digitale Rentenübersicht oder Selfservice-Portale kommen hinzu.

Das gesamte PKDES-Team arbeitet daran, für seine Mitglieder in diesem Umfeld neben dem Tagesgeschäft auch das Positive dieser Entwicklungen aufzunehmen. Satzungsänderungen werden im Frühjahr 2026 entsprechend dem neuen Betriebsrentenstärkungsgesetz II für die Hauptversammlung 2026 vorbereitet und auch der Wechsel der Softwarelösungen soll in Zukunft die Basis für ein eigenes interaktives Selfservice-Portal der PKDES ab voraussichtlich 2028 bilden. All dies bedeutet jedoch in den nächsten zwei Jahren weiterhin eine hohe Belastung für unser kleines Pensionskassenteam.

Positiv herausstellen möchten wir, dass beteiligte Arbeitgeber, Versicherte und Mitarbeitende auf eine stabile und zukunftsorientierte Pensionskasse blicken können. Die gute finanzielle Basis, die Hausaufgaben, die wir bereits erledigt haben und die wir mit unserem kleinen engagierten Team schaffen können, lassen uns trotz der noch länger sehr anspruchsvollen Aufgabenstellungen optimistisch in die Zukunft schauen.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem großen Engagement, ihrer Expertise und ihrem vorausdenkenden Blick die Pensionskasse weiterbringen. Auch den Ansprechpartnern bei unseren beteiligten Arbeitgebern und externen Spezialisten danken wir für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Köln, den 30. April 2026

Pensionskasse
Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG

Der Vorstand

Grünert

Wilhelm-Werkle

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2025

Bilanz

Aktivseite

	€	€	€	Vorjahr T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			42.801,00	46,6
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			10.542.626,00	10.921,8
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		5.165.002,84		8.305,8
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		535.946.260,44		511.772,5
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	139.649.900,00			141.649,9
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	82.973.900,00	222.623.800,00		82.973,9
4. Einlagen bei Kreditinstituten		6.600.000,00	770.335.063,28	11.850,0
			780.877.689,28	767.473,9
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitgliedsunternehmen		1.923.809,36		1.381,4
II. Sonstige Forderungen		258.510,24	2.182.319,60	251,2
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		129.472,00		160,6
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		3.902.698,18		2.306,7
III. Andere Vermögensgegenstände		2.012.191,27	6.044.361,45	1.965,9
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		10.415.345,86		10.384,5
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		172.988,40	10.588.334,26	151,6
F. Aktive Latente Steuern				
			0,00	231,4
Summe der Aktiva			799.735.505,59	784.353,8

Bestätigungsvermerk des Treuhänders

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sicher gestellt sind.

Köln, den 17. April 2026

Der Treuhänder, Dr. Hans-Peter Ackmann

Passivseite

	€	€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen			
1. Verlustrücklage gem. § 193 VAG	43.386.043,47		43.333,1
2. andere Gewinnrücklagen	0,00		0,0
II. Bilanzgewinn	0,00	43.386.043,47	0,0
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung			
Bruttobetrag	751.358.183,31		734.148,8
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	246.363,62		257,1
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.505.439,42	753.109.986,35	500,0
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.585.386,00		1.631,9
II. Steuerrückstellungen	0,00		0,0
III. Sonstige Rückstellungen	367.729,93	1.953.115,93	403,3
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitgliedsunternehmen			
1. Versicherungsnehmern	7.369,51		14,3
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	38.483,62	45.853,13	165,7
II. Sonstige Verbindlichkeiten		313.976,56	3.888,8
davon: aus Steuern: 30.151,52 € (Vj. 3.666.466,70 €) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 757,65 € (Vj. 669,16 €)			
E. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	10,8
F. Passive latente Steuern		926.530,15	0,00
Summe der Passiva		799.735.505,59	784.353,8

Versicherungsmathematische Bestätigung nach § 141 Abs. 5 Nr. 2 i.V.m. § 234 Abs. 3 Satz 2 VAG

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung für Versicherte mit Eintritt bis 31.12.2016 nach dem Geschäftsplan der Abteilung A vom 15.04.2025, genehmigt am 22.04.2025, in der Fassung vom 23.04.2026, die der BaFin zur Genehmigung vorliegt, dem Geschäftsplan der Abteilung A 2000 vom 15.04.2025, genehmigt am 22.04.2025, dem Geschäftsplan der Abteilung G vom 21.06.2024, genehmigt am 04.07.2024, dem Geschäftsplan der Abteilung H vom 21.06.2024, genehmigt am 04.07.2024 und dem Geschäftsplan der Abteilung Z 2002 vom 21.06.2024, genehmigt am 11.07.2024, für die Neueintritte ab 01.01.2017 nach den Geschäftsplänen vom 20.09.2016 (A 2000) und 22.09.2016 (Z 2002), genehmigt am 08.11.2016, sowie dem Geschäftsplan zur Bildung einer pauschalen Deckungsrückstellung vom 20.05.2020, genehmigt am 28.05.2020, in der Fassung vom 27.04.2026, die der BaFin zur Genehmigung vorliegt, berechnet worden ist.

Köln, den 30. April 2026

**Der Verantwortliche Aktuar, Daniel Fröhn,
Dipl.-Math., Aktuar DAV/Sachverständiger IVS**

Gewinn- und Verlustrechnung

	€	€	€	Vorjahr T€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			27.116.736,38	25.264,1
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			0,00	0,0
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.976.152,01			1.949,0
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	19.354.261,23	21.330.413,24		18.967,4
b) Erträge aus Zuschreibungen		901.614,79		1.093,9
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		526.632,41	22.758.660,44	501,6
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			211.695,61	138,3
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		24.501.312,63		24.277,0
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-10.716,86	24.490.595,77	6,2
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen Deckungsrückstellung			17.209.432,32	16.558,1
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			1.005.439,42	500,0
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		149.639,64		166,1
b) Verwaltungsaufwendungen		1.916.528,47	2.066.168,11	1.631,6
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.622.012,41		1.539,8
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		849.373,96		942,3
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		900.055,23	3.371.441,60	177,3
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			48.532,08	47,1
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			1.895.483,13	2.068,9
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		258.668,20		454,3
2. Sonstige Aufwendungen		932.406,54	-673.738,34	1.365,3
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.221.744,79	1.157,9
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1.168.826,93	-4.411,6
5. Jahresüberschuss			52.917,86	5.569,5
6. Einstellung in die Verlustrücklage gem. § 193 VAG			-52.917,86	-5.569,5
7. Bilanzgewinn			0,00	0,0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden grundsätzlich über maximal 5 Jahre planmäßig linear abgeschrieben.

Die im Besitz der Pensionskasse befindlichen Gebäude werden entsprechend der Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Der Abschreibungssatz beträgt seit dem Jahr 2006 grundsätzlich einheitlich 2,0 %. Niedrigere beizulegende Wertansätze wurden berücksichtigt. Dem Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde Rechnung getragen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb („Umlaufvermögen“) gewidmet sind, wurden mit den Anschaffungskosten, höchstens jedoch zum Börsenwert am Bilanzstichtag, bilanziert. Dem Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde Rechnung getragen.

Die am 31.12.2025 bilanzierten Inhaberschuldverschreibungen werden gem. § 341b Abs. 2 HGB dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmet. Deshalb erfolgt die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Die Pensionskasse trägt hiermit dem Tatbestand Rechnung, dass grundsätzlich nach seit langem bestehender Buy-and-Hold-Strategie die Bestände bis zur Fälligkeit im Vermögen der Kasse verbleiben.

Unter Bezugnahme auf § 341c HGB wird seitdem die Effektivzinsmethode für die Inhaberschuldverschreibungen angewendet. Aus den Anschaffungskosten bzw. Buchwerten werden somit fortgeführte Anschaffungskosten bzw. fortgeführte Buchwerte. Über die Darstellung von ertragswirksamen Zu- (unter-pari-Erwerbe) und Abgängen (über-pari-Erwerbe) wird somit die tatsächlich erworbene Rendite einer Inhaberschuldverschreibung, welche in der Regel ungleich des Zinskupons ist, über die Laufzeit periodengerecht verteilt. Hiermit sollen auch Gewinne aus Abgang (unter-pari-Erwerbe) und während der Laufzeit auftretende unplanbare Abschreibungszeitpunkte (über-pari-Erwerbe) aufgrund der feststehenden Annäherung an den Rückzahlungswert verhindert werden. Außerordentliche Zu- und Abschreibungen erfolgen gem. § 253 Abs. 3 HGB nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Bei auf Fremdwährung lautenden Inhaberschuldverschreibungen des Anlagevermögens sind der originäre Kurswert sowie der jeweilige Währungskurs in der Bewertung zu berücksichtigen. Zusammen bilden sie den Wertansatz für die Bilanz.

Zur Abgrenzung von dauerhaften und nicht dauerhaften Wertminderungen hat die Pensionskasse einen regel-

basierten Ansatz für eine nicht dauerhafte Wertminderung etabliert. Auf der Basis von veröffentlichten Devisenkursen der Deutschen Bundesbank wird die Schwankungsbreite (Min.-Max.-Werte) eines jeden Jahres im Fünf-Jahres-Zeitraum rollierend ermittelt. Abweichungen der Zeitwerte außerhalb der so ermittelten Schwankungsbreite der jeweiligen Währung führen zu außerordentlichen Zu- oder Abschreibungen für die die Schwankungsbreite übersteigenden Werte.

Namensschuldverschreibungen sind gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit den Nennbeträgen bzw. einem niedrigeren dauerhaft beizulegenden Buchwert ausgewiesen. Agio- und Disagioträge werden entsprechend § 341c Abs. 2 HGB als aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und planmäßig über die Laufzeit der Anlage aufgelöst. Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gem. § 341b Abs. 1 S. 2 HGB bilanziert.

Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen, laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks, Kassenbestand, aktiver RAP (vorausgezahlte Rechnungen) und andere Vermögensgegenstände sind mit den Nennbeträgen ausgewiesen.

Zu- und Abgänge sowie Jahresendbestände in Fremdwährungen werden grundsätzlich zu Euro-Referenzkursen der Europäischen Zentralbank bewertet.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Abschreibungen erfolgen nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250,00 € werden im Zugangsjahr sofort als Aufwand erfasst. Wirtschaftsgüter im Wert von 250,01 € bis 1.000,00 € werden in einem Sammelposten erfasst und linear mit 20 % p.a. abgeschrieben.

Seit dem Stichtag 31.12.2019 erfolgt auf Wunsch der BaFin eine jährliche Ermittlung der Deckungsrückstellung. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck sowie die Heubeck Richttafeln 1998 verwendet. Für einzelne Abteilungen werden auf der Grundlage dieser Tafeln Modifikationen vorgenommen, so dass die Tafeln an die biometrischen Verhältnisse in der Pensionskasse angeglichen sind. Die Modifikationen bestehen im Wesentlichen in einer Reduktion der Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten.

Für die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) wurde zunächst die 5 % Mindestzuführung zur Verlustrücklage aus dem Überschuss ermittelt und der verbleibende Betrag für die RfB verwendet.

Als Rechnungszins wurden in Abhängigkeit von der Abteilung sowie vom Zeitpunkt der Beitragsentrichtung unterschiedliche Sätze angewendet:

Rechnungszins zum 31.12.2025	Lfd. Renten und Anwartschaften aus Beiträgen				
	bis 31.12.2006	ab 1.1.2007	ab 1.1.2017	ab 1.1.2018	ab 1.1.2020
Eintritte bis 31.12.2006	2,75 %	2,75 %	2,75 %	2,25 %	1,10 %
Eintritte ab 1.1.2007	-	2,25 %	2,25 %	2,25 %	1,10 %
Eintritte ab 1.1.2017	-	-	0,90 %	0,90 %	0,90 %

Für das Jahr 2025 galt im Durchschnitt ein Rechnungszins von 2,36 % bezogen auf die mittlere Deckungsrückstellung im Jahr 2025. Für das Jahr 2026, ermittelt zum Stichtag 31.12.2025, sinkt der durchschnittliche Rechnungszins auf 2,33 %.

In der Deckungsrückstellung sind Verwaltungskostenrückstellungen zur Deckung der Verwaltungskosten in der Rentenbezugszeit sowie für beitragsfreie Anwartschaften enthalten. Zum 31.12.2025 wurde erneut die Verwaltungskostenrückstellung der Abteilung A um 1.996.814 € und die Verwaltungskostenrückstellung der Abteilung G2 um 15.296 € erhöht. Die Erhöhung in der Abteilung G2 wurde durch eine Auflösung der pauschalen Deckungsrückstellung in gleichem Umfang finanziert, so dass sich insgesamt eine Erhöhung der Deckungsrückstellung um 1.996.814 € durch die Verstärkung der Verwaltungskostenrückstellung ergibt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde pro Versicherungsfall ermittelt. Die Berechnung der darin enthaltenen Spätschadenreserve erfolgte anhand von Erfahrungswerten aus den Vorjahren. Im Jahr 2021 wurden erstmals auf Anforderung der BaFin auch eine Schätzung zu den unanbringlichen Leistungen unter Berücksichtigung einer Verjährungsfrist von fünf Jahren in die Spätschadenreserven einbezogen.

Die Pensionsrückstellungen wurden entsprechend § 249 HGB in Höhe der versicherungsmathematisch ermittelten Anwartschaftsbarwertmethode bzw. nach dem Teilwertverfahren auf Grundlage der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck und einem Rechnungszins von 2,06 % (im Vorjahr 1,90 %) ermittelt. Im Bereich der einzelvertraglichen Vorstandszusagen wird ein Rententrend von 2,0 % (im Vorjahr 2,0 %) zugrunde gelegt. Für die Verpflichtungen aus der Versorgungsregelung vom 14.2.2002 beträgt der Anwartschafts- und Rententrend 1,0 % (im Vorjahr 1,0 %). Für in den Versorgungsansprüchen bzw. Versorgungsanwartschaften anzurechnende Leistungen anderer Versorgungsträger wurde keine Dynamik unterstellt.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen bewertet.

Latente Steuern werden gemäß § 274 HGB für Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen der Handels- und der Steuerbilanz gebildet. Für die Bewertung der latenten Steuern werden die zum Abschlussstichtag gültigen beziehungsweise verabschiedeten relevanten Steuervorschriften herangezogen. Mit Zustimmung des Bundesrats vom 11. Juli 2025 wurde eine schrittweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 15 % auf 10 % Prozent in fünf Schritten um jeweils 1%-Punkt ab dem Veranlagungszeitraum 2028 bis 2032 beschlossen (Gesetz vom 14.07.2025 – BGBl. 1 2025, Nr. 161 vom 18.07.2025). Aus der Steuersatzänderung ergeben sich unmittelbare Auswirkungen auf die Ermittlung der latenten Steuern. Bei der Bewertung latenter Steuern ist der Steuersatz zu verwenden, der im Zeitpunkt der Umkehr von temporären Differenzen erwartet wird. Hierzu werden die zum Ermittlungszeitpunkt zur Verfügung stehenden Daten im Rahmen einer bestmöglichen Schätzung herangezogen. Im Geschäftsjahr haben sich Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben, die zu einem Passivüberhang latenter Steuern in Höhe von 926.530,15 € geführt haben. Die Bewertung der inländischen Steuerlatenzen mit Umkehreffekt bis zum Veranlagungszeitraum 2027 erfolgt mit einem kombinierten Steuersatz in Höhe von 32,45 %. Durch die schrittweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes sinkt auch der kombinierte Steuersatz bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2032. Insgesamt ergeben sich im Geschäftsjahr aktive latente Steuern in Höhe von 2.003.508,72 € (Vorjahr: 3.863.639,19 €) sowie passive latente Steuern in Höhe von 2.930.038,87 € (Vorjahr: 3.632.189,86 €). Im Saldo ergibt sich damit ein Passivüberhang in Höhe von 926.530,15 € (Vorjahr Aktivüberhang: 231.449,33 €), der entsprechend nach § 274 Abs. 1 HGB angesetzt wird. Die latenten Steuern entstehen im Wesentlichen aus temporären Differenzen in den Kapitalanlagen und Pensionsrückstellungen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurden zudem steuerliche Verlustvorträge einbezogen. Dabei werden nur bestehenden Verlustvorträge berücksichtigt, wie sie voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren verwendet werden können.

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2025

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	47	12	0	0	0	16	43
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.922	0	0	0	0	379	10.543
B.II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.306	0	0	3.207	66	0	5.165
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	511.772	63.272	0	39.464	835	470	535.946
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	141.650	3.000	0	5.000	0	0	139.650
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	82.974	0	0	0	0	0	82.974
4. Einlagen bei Kreditinstituten	11.850	6.600	0	11.850	0	0	6.600
5. Summe B.II.	756.552	72.872	0	59.521	901	470	770.335
Insgesamt	767.521	72.884	0	59.521	901	865	780.921

Hinweis: Es bestehen durch die übersichtliche Darstellung Rundungsdifferenzen gegenüber den auf der Aktivseite ausgewiesenen Werten. Die Summe beträgt 780.920.490,28 € exakt. In der Gesamtsumme besteht eine Rundungsdifferenz von +1.

Zeitwert der Kapitalanlagen gem. §§ 54, 55 und 56 RechVersV	Zeitwerte	stille Reserven / stille Lasten
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	32.460.000,00	21.917.374,00
B.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.165.002,84	0,00
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	450.293.999,93	-85.652.260,51
3. Sonstige Ausleihungen	184.225.000,00	-38.398.800,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	6.600.000,00	0,00
5. Abzüglich aktivierte Agiobeträge		-99.622,06
	678.744.002,77	-102.233.308,57

Für den Grundbesitz der Kasse wurde am 19.03.2024 durch den von der Industrie- und Handelskammer zu Köln öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken, Herr Michael Ditrich (IFS), mit Datum zum Stichtag vom 31.12.2023 ein Verkehrswertgutachten erstellt. Für das im Jahre 2006 fertiggestellte Gebäude Volksgartenstr. 54a / 56 in Köln wurde zum 01.02.2022 mit Datum vom 06.06.2022 ebenfalls der Verkehrswert ermittelt. Die Wertfeststellung erfolgte nach dem Ertragswertverfahren. Die Zeitwerte der Investmentfonds und der Inhaberschuldverschreibungen wurden durch Börsenkurse bzw. Rücknahmekurse der Publikumsfonds ermittelt und die sonstigen Ausleihungen anhand der Marktrendite nach der ISMA Standardrenditeformel. Bei den aktivierten Agiobeträgen handelt es sich um den Gesamtwert der in Folgejahren aufzulösenden Beträge. Die Zeitwerte der Einlagen bei Kreditinstituten entsprechen den Buchwerten.

Aktivseite

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

	2025 €	Vorjahr €
	42.801,00	46.629,00

Die Verminderung des Postens resultiert i.W. aus Abschreibungen von bis zum Bilanzstichtag erworbener Software. Softwarekomponenten werden grundsätzlich über maximal 5 Jahre abgeschrieben.

B.I. Kapitalanlagen

1.	Wohn- und Geschäftsbauten	2025 €	Vorjahr €
a)	Köln, Volksgartenstraße	4.535.188,00	4.681.381,00
b)	Hürth, Friedrich-Ebert-Straße	2.200.280,00	2.284.940,00
c)	Hürth, Friedrich-Ebert-Straße/Bonnstraße	1.679.420,00	1.746.616,00
d)	Hürth, Thetforder Straße	2.127.738,00	2.208.858,00
		10.542.626,00	10.921.795,00

Auf die Gebäude wurden in 2025 lfd. Abschreibungen in Höhe von 379.169,00 € vorgenommen. Der Abschreibungssatz beträgt seit 2006 für alle Objekte grundsätzlich 2 %. Der Bilanzwert des selbstgenutzten Anteils an dem Objekt Volksgartenstr. 54a/56 beträgt, bezogen auf die Nutzfläche, 1.243.682,64 €.

B.II. Sonstige Kapitalanlagen

1.	Investmentanteile	2025 €	Vorjahr €
		5.165.002,84	8.305.781,79

Der Posten enthält den Publikumsfonds SEB (High Yield) i.H.v. 5.165.002,84 €. Zum Stichtag 31.12.2025 erfolgten Zuschreibungen i.H.v. 66.155,79 €. Grund des Rückgangs ist der im Vorjahr noch enthaltene DEKA Fonds, welcher im Geschäftsjahr verkauft wurde und infolgedessen ein Abgang i.H.v. 3.206.934,74 € berücksichtigt ist.

2.	Inhaberschuldverschreibungen	2025 €	Vorjahr €
		535.946.260,44	511.772.486,90

Entwicklung		
01.01.2025		511.772.486,90
Zugänge		63.272.453,61
Zuschreibungen		835.459,00
Abgänge		-39.463.934,11
Abschreibungen		-470.204,96
31.12.2025		535.946.260,44

Ab dem Geschäftsjahr 2012 erfolgt erstmals eine Zuordnung von Inhaberschuldverschreibungen zum Anlagevermögen und ab dem Geschäftsjahr 2020 erfolgt erstmals die Anwendung der Effektivzinsmethode auf die Werte des Anlagevermögens.

Der Gesamtbetrag des Postens beinhaltet ausschließlich dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmete Inhaberschuldverschreibungen. Der Zeitwert beträgt 450.293.999,93 €. Die Amortisation von Agien in Höhe von 1.744.690,10 € werden als Abgänge, die Amortisationen von Disagien in Höhe von 810.437,72 € als Zuschreibungen verbucht.

Die Wechselkurse für den USD mit 1,1750 und für AUD mit 1,7581 wurden auf ihre übliche Schwankungsbreite in den letzten 5 Jahren überprüft. Infolgedessen ergab sich für den AUD ein Bedarf für eine Sonderabschreibung i.H.v. 470.204,96 €. Der Buchwert der Fremdwährungsanleihen betrug 143.563.306,08 €.

Bezogen auf die Gesamtposition und unsaldiert betrug die stille Reserve 615.385,23 € und die stille Last 86.267.645,74 €. Aufgrund der guten Bonität der Emittenten wurde auf Abschreibungen auf den Zeitwert verzichtet.

3.	Sonstige Ausleihungen	2025 €	Vorjahr €
		222.623.800,00	224.623.800,00

Entwicklung	
01.01.2025	224.623.800,00
Zugänge	3.000.000,00
Zuschreibungen	0,00
Abgänge	-5.000.000,00
Abschreibungen	0,00
31.12.2025	222.623.800,00

Der Bilanzwert zum Ende des Berichtszeitraums setzt sich zusammen aus Namensschuldverschreibungen i.H.v. 139.649.900,00 € und Schuldscheindarlehen i.H.v. 82.973.900,00 €. Die Veränderungen betreffen ausschließlich Namensschuldverschreibungen. Zu- und Abschreibungen waren nicht vorzunehmen.

Die stille Last der Namensschuldverschreibungen beträgt 31.352.400,00 €, die entsprechende stille Reserve 52.700,00 €. Der Zeitwert der besagten Anlagen beträgt auf 108.350.200,00 €.

Die Schuldscheindarlehen weisen eine stille Reserve i.H.v. 8.700,00 € und eine stille Last i.H.v. 7.107.800,00 € aus. Ausgehend von Buchwerten i.H.v. 82.973.900,00 € beträgt der Zeitwert insgesamt 75.874.800,00 €. Aufgrund der guten Bonität der Emittenten wurde auf Abschreibungen auf den Zeitwert verzichtet.

4.	Einlagen bei Kreditinstituten	2025 €	Vorjahr €
		6.600.000,00	11.850.000,00

Der Posten beinhaltet über den Bilanzstichtag hinaus angelegte Termingelder.

C. Forderungen

I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitgliedsunternehmen	2025 €	Vorjahr €
		1.923.809,36	1.381.351,21

Die hier ausgewiesenen Beitragsforderungen bestehen gegenüber Mitgliedsunternehmen und betreffen i.W. Beiträge, die auf das Jahr 2025 entfallen.

II.	Sonstige Forderungen	2025 €	Vorjahr €
		258.510,24	251.236,74

Wesentlicher Bestandteil des Postens sind Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland aus ihrem Anteil an künftigen Versorgungslasten der Pensionskasse i.H.v. 219.494,82 €. Bei den weiteren sonstigen Forderungen handelt es sich um abgegrenzte Einzelbeträge mit Fälligkeiten von weniger als einem Jahr.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I.	Sachanlagen und Vorräte	2025 €	Vorjahr €
	Stand am 01.01.2025	160.577,00	197.024,93
	Zugang 2025	31.041,75	19.323,66
	Zwischensumme	191.618,75	216.348,59
	Abgang 2025	5.309,00	0,00
	Abschreibungen 2025	56.837,75	55.771,59
	Stand am 31.12.2025	129.472,00	160.577,00

Es handelt sich im Wesentlichen um die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Zugänge betreffen hauptsächlich Hardware-Komponenten für Systeme der Zeiterfassung und Zutrittskontrolle zum Bürogebäude. Die Abschreibungen resultieren hauptsächlich aus IT-Hardware.

II.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	2025 €	Vorjahr €
	Sparkasse KölnBonn	3.317.998,48	1.774.787,84
	Mietkautionssparbücher	22.044,17	24.513,67
	Kassenbestand	757,03	339,25
	Sonstige Kreditinstitute/Hausverwaltungs- und Fremdwährungskonten	561.898,50	507.008,20
		3.902.698,18	2.306.648,96

III.	Andere Vermögensgegenstände	2025 €	Vorjahr €
		2.012.191,27	1.965.919,52

Inhalt des Postens sind die Januar-Renten des Jahres 2026 für die von der Pensionskasse unmittelbar betreuten Rentner i.H.v. 1.928.768,58 € sowie die Abschlagszahlungen i.H.v. 83.422,69 €, welche die Pensionskasse gemäß § 63 Abs. 2 der Satzung an die beteiligten Arbeitgeber für deren Auszahlung der Januar-Renten geleistet hat.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I.	Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2025 €	Vorjahr €
		10.415.345,86	10.384.536,84

Es handelt sich ausschließlich um Zinsforderungen, die zwar auf das Berichtsjahr entfallen, jedoch erst im laufenden Geschäftsjahr fällig werden.

II.	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2025 €	Vorjahr €
		172.988,40	151.586,84

Die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten im Wesentlichen im Voraus gezahlte Versicherungsbeiträge i.H.v. 46.712,69 € sowie sonstige abzugrenzende Vorauszahlungen i.H.v. 26.653,65 €.

Zusätzlich beinhaltet der Posten Agiobeträge der Namensschuldverschreibungen i.H.v. 99.622,06 €, welche zeitanteilig entsprechend der Restlaufzeit der Wertpapiere aufgelöst werden.

Stand Agio der Namensschuldverschreibungen 01.01.2025	108.779,49	119.908,16
Zugang Agio 2025	2.000,00	0,00
Auflösungsbetrag Agio 2025	11.157,43	11.128,67
Stand Agio 31.12.2025	99.622,06	108.779,49

F. Aktive latente Steuern

I.	Aktive latente Steuern	2025 €	Vorjahr €
		0,00	231.449,33

In 2025 ergibt sich ein Überhang an passiven latenten Steuern i.H.v. 926.530,15 €. Hinsichtlich der Zusammensetzung verweisen wir auf die Angaben unter dem Posten „Passive latente Steuern“.

Passivseite

A. Eigenkapital

	2025 €	Vorjahr €
I. Gewinnrücklagen		
1. Verlustrücklage gem. § 193 VAG	43.386.043,47	43.333.125,61
2. andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00
II. Bilanzgewinn/Gesamt-Ausgleichsposten	0,00	0,00
	43.386.043,47	43.333.125,61

Der Verlustrücklage wurde der Jahresüberschuss i.H.v. 52.917,86 € zugeführt. Der Anteil der Verlustrücklage an der Deckungsrückstellung beträgt 5,8 % (Vj. 5,9 %).

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I.	Deckungsrückstellung	2025 €	Vorjahr €
		751.358.183,31	734.148.750,99

Die Deckungsrückstellung gliedert sich für die Versicherungsabteilungen wie folgt:

Abt. A	462.074.918,79	468.707.194,06
Abt. A 2000	265.139.024,32	241.700.783,26
Abt. G	3.898.234,57	4.255.310,20
Abt. H	3.986.985,93	4.289.484,93
Abt. Z 2002	15.755.299,70	14.685.653,54
Abt. Z 2002 Verwaltungskostenrückstellung	503.720,00	510.325,00
	751.358.183,31	734.148.750,99

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgte zum 31.12.2025 nach den Rechnungsgrundlagen von Dr. Klaus Heubeck aus dem Jahr 2005 (RT 2005 G). Siehe auch Bilanzierungs und Bewertungsmethoden ab Seite 21. Die pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung beträgt zum Stichtag 81.037,11 €. Der Überschuss der Abt. A wurde mit den Unterdeckungen der Abt. A 2000 und Z 2002 verrechnet.

II.	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2025 €	Vorjahr €
		246.363,62	257.080,48

Es handelt sich hierbei um Rentennachzahlungen und eine Spätschadenreserve von 150.000,00 €.

III.	Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	2025 €	Vorjahr €
	Anfangsbestand	500.000,00	0,00
	Zuführungen	1.005.439,42	500.000,00
	Entnahmen	0,00	0,00
	Endbestand	1.505.439,42	500.000,00

Der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB) wurden 1.005 T€ zugeführt. Auf die Abteilung H 1 entfallen hiervon 92.058,40 €. Bei dem Teilbetrag handelt es sich um eine gebundene RfB. Über eine Verwendung entscheidet die Hauptversammlung.

C. Andere Rückstellungen

I.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2025 €	Vorjahr €
	Stand 01.01.2025	2.021.949,00	2.065.551,00
	Veränderung	-66.254,00	-43.602,00
	Zwischensumme	1.955.695,00	2.021.949,00
	abzügl. Rückdeckungsversicherung	370.309,00	390.009,00
	Stand 31.12.2025	1.585.386,00	1.631.940,00

Die Anschaffungskosten für das Deckungsvermögen (Rückdeckungsversicherung) betragen 224.953,91 €. Es erfolgt keine Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen. Der Betrag aus der Zinszuführung zur Pensionsrückstellung i.H.v. 38.417,00 € ist in den sonstigen Aufwendungen enthalten. Die Rückstellungen betragen für 3 Anwärter 39.635,00 € (VJ. 59.905,00 €) und für 15 Rentner 1.916.060,00 € (VJ. 1.962.044,00 €), insgesamt 1.955.695,00 €. Der Rechnungszins beruht auf dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen (2,22 %) und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes (2,06 %) beläuft sich auf 26.151,00 €.

II.	Steuerrückstellungen	2025 €	Vorjahr €
		0,00	0,00

Eine Steuerrückstellung ist zum Bilanzstichtag nicht zu dotieren.

III.	Sonstige Rückstellungen	2025 €	Vorjahr €
		367.729,93	403.303,05

Im Wesentlichen handelt es sich um Rückstellungen für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses für das Berichtsjahr, Kosten für die Steuerberatung und der Steuererklärungen sowie Kosten des versicherungsmathematischen Gutachtens und Vorarbeiten der Schlüsselfunktionen.

D. Andere Verbindlichkeiten

I.	Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitgliedsunternehmen	2025 €	Vorjahr €
	1. Versicherungsnehmern	7.369,51	14.295,58
	2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	38.483,62	165.717,34
		45.853,13	180.012,92

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten – im Wesentlichen aus Beitragsüberzahlungen – sollen im Geschäftsjahr 2026 ausgeglichen werden.

II.	Sonstige Verbindlichkeiten	2025 €	Vorjahr €
		313.976,56	3.888.810,08

Die Verbindlichkeiten für den Großteil der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für die Jahre 2017 bis 2023 i.H.v. insgesamt rd. 3,6 Mio. € wurden zum Jahresbeginn 2025 auf Grundlage eingegangener Steuerbescheide ausgeglichen. Der Posten beinhaltet i.W. Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten und Dienstleistern und Verpflichtungen gegenüber der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) sowie Kosten der extern beauftragten Internen Revision. Sonstige Verbindlichkeiten i.H.v. 313.669,08 € (VJ. 3.834.546,41 €) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestehen i.H.v. 307,48 €.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

	2025 €	Vorjahr €
	0,00	10.776,00

F. Passive latente Steuern

	2025 €	Vorjahr €
	926.530,15	0,00

Der Posten enthält gem. § 274 Abs. 1 HGB eine sich ergebende Steuerlast, welche sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen wird (vgl. Erläuterungen auf Seite 22).

Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1.	Verdiente Beiträge	2025 €	Vorjahr €
	Abteilung A	4.084.894,48	4.372.454,59
	Abteilung A 2000	22.038.002,38	19.957.180,70
	Abteilung G	7.174,07	7.174,07
	Abteilung H	-1.181,30	2.598,86
	Abteilung Z 2002	987.846,75	924.713,64
		27.116.736,38	25.264.121,86
Zusammensetzung			
	Einzelverträge	26.244.564,89	24.434.817,50
	Zulagen ZfA	405.211,46	362.343,33
	Sanierungsbeiträge	466.960,03	466.961,03
	Beiträge insgesamt	27.116.736,38	25.264.121,86

Kollektivversicherungen liegen nicht vor.

2.	Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	2025 €	Vorjahr €
		0,00	0,00
3.	Erträge aus Kapitalanlagen	2025 €	Vorjahr €
	Erträge aus Grundstücken	1.976.152,01	1.949.011,89
	Investmentanteilen	463.292,67	337.663,51
	Inhaberschuldverschreibungen	12.749.798,38	12.345.353,94
	Namensschuldverschreibungen	3.508.735,85	3.587.193,67
	Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.621.090,44	2.674.624,40
	Zinsen Termingeld	11.343,89	22.531,94
	Zuschreibungen	901.614,79	1.093.904,76
	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	526.632,41	501.592,06
		22.758.660,44	22.511.876,17
4.	Sonstige versicherungstechnische Erträge	2025 €	Vorjahr €
	Abgeltungsbeiträge	202.858,02	134.849,36
	Erstattungsverpflichtungen der beteiligten Arbeitgeber	4.214,68	3.433,68
	Zahlungen ausgeschiedener Arbeitgeber/Sonstiges	4.622,91	0,00
		211.695,61	138.283,04

Gem. § 5 Abs. 1 Satz 4 der Satzung ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitgeberbeiträge als Abgeltungsbeiträge zu entrichten, wenn sich ein zuführungspflichtiger Arbeitnehmer weigert, einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Abgeltungsbeitrag wird dem Vermögen der Abteilung gutgeschrieben, welcher der Arbeitnehmer zuzuführen wäre. Die Erstattungsverpflichtungen der beteiligten Arbeitgeber sind in § 22 der Satzung geregelt. Die Berechnung der Zahlungen ausscheidender Arbeitgeber erfolgt nach § 6a Abs. 3 der Satzung.

5.	Aufwendungen für Versicherungsfälle	2025 €	Vorjahr €
	Rentenzahlungen	23.835.858,35	23.610.335,56
	Einmalige Kassenleistungen	609.122,28	602.715,96
	Regulierungsaufwand	56.332,00	63.964,14
	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-10.716,86	6.221,62
		24.490.595,77	24.283.237,28

6.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	2025 €	Vorjahr €
	Zuführung zur Deckungsrückstellung	17.209.432,32	16.558.060,14
7.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	2025 €	Vorjahr €
		1.005.439,42	500.000,00

Der Betrag des Postens resultiert aus der Zuführung zur dementsprechenden Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen.

8.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2025 €	Vorjahr €
	Abschluss von Versicherungsverträgen	149.639,64	166.063,33
	Verwaltung von Versicherungsverträgen	1.916.528,47	1.631.552,10
		2.066.168,11	1.797.615,43

Im Jahresdurchschnitt waren 23 Mitarbeiter/innen beschäftigt (davon 10 Teilzeitkräfte).

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vorstandsbezüge für die aktiven und ehemaligen Vorstände verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Kuratoriums betrugen 8.610,00 € (Vorjahr: 7.170,00 €).

Das Honorar des Abschlussprüfers ist detailliert auf Seite 31 angegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen (§ 51 Abs. 5 RechVersV)		2025 €	Vorjahr €
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
2.	Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3.	Löhne und Gehälter	1.266.483,55	1.011.080,52
4.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	279.106,08	228.318,89
5.	Aufwendungen für Altersversorgung	37.533,17	30.456,85
Aufwendungen insgesamt		1.583.122,80	1.269.856,26

9.	Aufwendungen für Kapitalanlagen	2025 €	Vorjahr €
a)	Aufwendungen für Wohn- und Geschäftsbauten	963.458,08	898.251,63
	Sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	658.554,33	641.556,27
b)	Abschreibungen auf Wohn- und Geschäftsbauten	379.169,00	379.169,00
	Abschreibungen auf sonstige Kapitalanlagen	470.204,96	563.132,29
c)	Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	900.055,23	177.276,78
		3.371.441,60	2.659.385,97

Der Abschreibungssatz auf unsere Immobilien beträgt grundsätzlich 2 %. Bei den Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen handelt es sich im Wesentlichen um Währungskursverluste bei Tilgung von Fremdwährungsanleihen von 812.279,30 € sowie aus dem Verkauf des Deka-EM Renten Lokalwährungen CF von 77.148,20 € und einem weiteren Verlust bei einer vorzeitigen Tilgung eines Emittenten in USD von 10.627,73 €.

10.	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	2025 €	Vorjahr €
	Zahlungen wegen Versorgungsausgleich	41.169,71	44.799,66
	Sonstiges	7.362,37	2.297,84
		48.532,08	47.097,50

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1.	Sonstige Erträge	2025 €	Vorjahr €
	Zinsen Bankkonten	234.683,70	299.201,01
	Sonstiges	23.984,50	155.126,67
		258.668,20	454.327,68

Wesentliche Bestandteile des Postens sind Zinserträge aus laufenden Guthaben (Tagegelder) bei den Hausbanken.

2.	Sonstige Aufwendungen	2025 €	Vorjahr €
		932.406,54	1.365.336,76

Hauptbestandteile der sonstigen Aufwendungen sind die als Gemeinkosten verteilten sonstigen Verwaltungsaufwendungen i.H.v. 885.554,49 € sowie der Zinskostenanteil aus der Zinszuführung zur Pensionsrückstellung i.H.v. 38.417,00 €.

Sonstige Angaben

1. Die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG hat ihren Sitz in Köln und ist nicht im Handelsregister eingetragen, da die Gründung durch das Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen erfolgte (BGBl I 2004, S. 3416 ff., 3426 f.).
2. Vorgänge von besonderer Bedeutung gemäß § 285 Nr. 33 HGB liegen nicht vor.
3. Das für den Abschlussprüfer gem. § 285 Nr. 17 HGB anzugebende Honorar hat folgende Zusammensetzung:

Honorar des Abschlussprüfers im Jahr 2025	insgesamt €
Abschlussprüfungsleistungen	68.860,00
andere Bestätigungsleistungen	0,00
Steuerberatungsleistungen	105.154,04
sonstige Leistungen	17.961,75
Gesamt	191.975,79

Beiträge jeweils ohne Umsatzsteuer

Köln, den 30. April 2026

Pensionskasse
Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG

Der Vorstand

Grünert

Wilhelm-Werkle

Vermögens- und Bestandsentwicklung 2025

Vermögensentwicklung der Versicherungsabteilungen in 2025

	Gesamt	Abteilung A	Abteilung A 2000	Abteilung Z 2002	Abteilung G 1	Abteilung G 2	Abteilung H 1	Abteilung H 2
	€	€	€	€	€	€	€	€
Gesamtvermögen 1.1.2025	777.981.876,59	516.782.926,60	238.105.558,23	13.112.630,59	36.776,27	4.887.251,56	787.638,55	4.269.094,79
Einnahmen								
Beiträge	27.116.736,38	4.084.894,48	22.038.002,38	987.846,75	11,82	7.162,25	0,00	-1.181,30
Erträge	19.553.215,25	12.816.550,81	6.242.688,40	341.138,51	863,72	27.475,71	19.325,38	105.172,72
Sonstige Einnahmen	289.691,60	7.280,24	212.791,46	90,37	0,22	69.503,99	0,00	25,32
Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt-einnahmen 2025	46.959.643,23	16.908.725,53	28.493.482,24	1.329.075,63	875,76	104.141,95	19.325,38	104.016,74
Ausgaben								
Kassen-leistungen	24.444.980,63	21.173.523,22	2.458.092,57	106.513,83	5.131,44	452.929,55	44.020,45	204.769,57
Aufwendungen	3.036.867,35	1.404.811,53	1.525.368,72	82.565,38	76,90	11.524,25	1.335,92	11.184,65
Sonstige Ausgaben	41.178,74	36.107,03	8.459,06	513,93	-0,00	4.303,65	2,77	-8.207,70
Gesamt-ausgaben 2025	27.523.026,72	22.614.441,78	3.991.920,35	189.593,14	5.208,34	468.757,45	45.359,14	207.746,52
Steuern v. EK u.v. Ertrag	1.168.826,93	718.812,44	412.455,26	25.292,83	-0,13	6.064,30	472,84	5.729,39
<i>Summe Ausgaben</i>	<i>28.691.853,65</i>	<i>23.333.254,22</i>	<i>4.404.375,61</i>	<i>214.885,97</i>	<i>5.208,21</i>	<i>474.821,75</i>	<i>45.831,98</i>	<i>213.475,91</i>
Übertrag Vermögen G1	0,00	0,00	0,00	0,00	-32.443,82	32.443,82	0,00	0,00
Gesamtvermögen 31.12.2025	796.249.666,17	510.358.397,91	262.194.664,86	14.226.820,25	0,00	4.549.015,58	761.131,95	4.159.635,62

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2025

Anwärter (Köpfe)		Erwerbsminderungs- und Altersrentner (Köpfe)				Hinterbliebenenrenten ²					
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten			
								Witwen	Witwer	Waisen	
Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€	
12.683	3.150	3.396	545	19.260.815,16	1.558	45	48	4.071.221,28	58.056,72	16.799,76	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres											
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern											
1	8	0	0	5.256,36	0	0	0	0,00	0,00	0,00	
983	200	254	43	1.170.054,96	77	4	6	215.617,80	3.822,48	469,92	
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod											
20	4	149	18	751.649,28	131	2	0	299.053,68	1.282,92	0,00	
2. Beginn Altersrente											
230	40	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0,00	0,00	
3. Erwerbsminderung (Invalidität)											
19	4	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0,00	0,00	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf											
0	0	0	0	0,00	1	0	0	1.236,48	0,00	0,00	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeiträgen und Austrittsvergütungen											
60	16	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0,00	0,00	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeiträgen und Austrittsvergütungen											
0	0	0	0	0,00	0	0	0	0	0	0	
7. sonstiger Abgang											
1	0	5	2	922,80	0	0	0	0,00	0,00	0,00	
330	64	154	20	752.572,08	132	2	0	300.290,16	1.282,92	0,00	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres davon											
13.336	3.286	3.496	568	19.678.298,04	1.503	47	54	3.986.548,92	60.596,28	17.269,68	
1. beitragsfreie Anwartschaften											
3.299	1.095	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
2. in Rückdeckung gegeben											
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	

1) Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

2) Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Die Versicherungsverhältnisse

1. Die aktiven Mitglieder

Im Berichtsjahr betragen in Abteilung	A*		A 2000		Z 2002		insgesamt (pro Tarif)		insgesamt (pro Kopf)	
der Anfangsbestand	2.114	(517)	11.807	(2.127)	2.977	(702)	16.898	(3.346)	15.833	(3.150)
der Zugang										
a) Neuzugänge	0	(0)	1.152	(190)	45	(5)	1.197	(195)	1.174	(192)
b) Versorgungsausgleich, interne Teilung	6	(5)	3	(3)	0	(0)	9	(8)	9	(8)
c) sonstige	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)
insgesamt	6	(5)	1.155	(193)	45	(5)	1.206	(203)	1.183	(200)
der Abgang										
a) durch Tod	1	(0)	10	(1)	13	(3)	24	(4)	24	(4)
b) wegen Altersrente	143	(18)	152	(20)	30	(7)	325	(45)	270	(40)
c) wegen Erwerbsminderung	16	(2)	14	(4)	0	(0)	30	(6)	23	(4)
d) wegen Ausscheidens aus dem Dienst	0	(0)	73	(15)	5	(1)	78	(16)	76	(16)
e) aus sonstigen Gründen	0	(0)	1	(0)	0	(0)	1	(0)	1	(0)
insgesamt	160	(20)	250	(40)	48	(11)	458	(71)	394	(64)
der Endbestand	1.960	(502)	12.712	(2.280)	2.974	(696)	17.646	(3478)	16.622	(3.286)

*) Mitglieder der Abteilung H2 werden historisch innerhalb der Abteilung A ausgewiesen.

Das durchschnittliche Lebensalter des Neuzugangs der Abteilung A 2000 betrug im Berichtsjahr 38 (im Vorjahr 39) Jahre, das durchschnittliche versicherungsfähige Einkommen im Aufnahmemonat 3.348,52 € (im Vorjahr 3.245,06 €).

Das durchschnittliche Lebensalter des Neuzugangs in der Abteilung Z 2002 betrug im Berichtsjahr 42 (im Vorjahr 41) Jahre.

Die in Klammern gesetzten Angaben erfassen den Anteil der weiblichen Rentner am Gesamtbestand.

2. Die Renten

a) Versichertenrenten

Es betrugen in Abteilung	A*		A 2000		G2		H1		Z 2002		insgesamt (pro Tarif)		insgesamt (pro Kopf)	
der Anfangsbestand	3.097	(383)	1.397	(212)	47	(0)	1	(0)	167	(38)	4.709	(633)	3.941	(543)
der Zugang														
a) wegen Erreichens der Altersgrenze	143	(18)	152	(20)	0	(0)	0	(0)	30	(7)	325	(45)	270	(40)
b) wegen Erwerbsminderung	16	(2)	14	(4)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	30	(6)	23	(4)
c) aus sonstigen Gründen	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)
d) wegen unverschuldeter Entlassung	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)
insgesamt	159	(20)	166	(24)	0	(0)	0	(0)	30	(7)	355	(51)	293	(44)
der Abgang														
a) durch Tod	156	(14)	30	(6)	3	(0)	0	(0)	2	(0)	191	(20)	167	(18)
b) durch Reaktivierung	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)
c) aus sonstigen Gründen	0	(0)	3	(0)	0	(0)	0	(0)	4	(2)	7	(2)	7	(2)
insgesamt	156	(14)	33	(6)	3	(0)	0	(0)	6	(2)	198	(22)	174	(20)
der Endbestand	3.100	(389)	1.530	(230)	44	(0)	1	(0)	191	(43)	4.866	(662)	4.060	(567)

*) Mitglieder der Abteilung H2 werden historisch innerhalb der Abteilung A ausgewiesen.

Die in Klammern gesetzten Angaben erfassen den Anteil der weiblichen Rentner am Gesamtbestand.

b) Witwen- bzw. Witwerrenten

Es betrugen in Abteilung	A*	A 2000	G1	G2	H1	Z 2002	insgesamt (pro Tarif)	insgesamt (pro Kopf)
der Anfangsbestand	1.439	201	1	64	9	5	1.719	1.603
der Zugang								
a) Tod des Versicherten	71	20	0	2	0	0	93	81
b) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0	0	0	0
insgesamt	71	20	0	2	0	0	93	81
der Abgang								
a) durch Tod	118	7	1	9	3	0	138	133
b) durch Wiederheirat	1	0	0	0	0	0	1	1
c) durch Kapitalabfindung	0	0	0	0	0	0	0	0
d) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	119	7	1	9	3	0	139	134
der Endbestand	1.391	214	0	57	6	5	1.673	1.550

*) Mitglieder der Abteilung H2 werden historisch innerhalb der Abteilung A ausgewiesen.

c) Waisenrenten

Es betragen in Abteilung	A	A 2000	G1	G2	H1	Z 2002	insgesamt (pro Tarif)	insgesamt (pro Kopf)
der Anfangsbestand	20	30	0	0	0	2	52	48
der Zugang								
a) durch Tod des Versicherten	0	6	0	0	0	0	6	6
b) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0	0	0	0
insgesamt	0	6	0	0	0	0	6	6
der Abgang								
a) durch Tod	0	0	0	0	0	0	0	0
b) durch Erreichen der Altersgrenze	0	0	0	0	0	0	0	0
c) durch Abschluss der Schul- oder Lehrausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
d) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0	0	0	0
insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0
der Endbestand	20	36	0	0	0	2	58	54

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der **Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG, Köln** – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig

in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. das Kuratorium sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen folgende Abschnitte des Geschäftsberichtes:

- Organe der Kasse,
- Kassenämter,
- Mitgliedschaften,
- Bestätigungsvermerk des Kuratoriums,
- sowie die übrigen Teile des Geschäftsberichtes – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Das Kuratorium ist für den Bestätigungsvermerk des Kuratoriums verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Kuratoriums für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Das Kuratorium ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der

Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten

Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 8. Juni 2026

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Erik Barndt
Wirtschaftsprüfer

Konrad Rohner
Wirtschaftsprüfer

Bestätigungsvermerk des Kuratoriums der Pensionskasse

„Das Kuratorium hat den Jahresabschluss gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 3 PK-Satzung geprüft.
Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben.“

Aumühle, den 25. Juni 2026

Emschermann (Vorsitzender)

Jung (stv. Vorsitzender)

Behringer

Balzer

Dumke

Böge

Dr. Kasch

Collin

Vedder (für Jehle)

Evers

Volkmann

Hackel

Wöstmann (für Meyer)

Wagner

Am 3. Juli 2026 verstarb im Alter von nur 69 Jahren

Axel Discher

Herr Discher, von 1982 bis 2023 Mitarbeiter und später Leiter Arbeitsvorbereitung bei der WHE Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen GmbH sowie dort langjähriger Betriebsrat, war von 1991 bis 1993 stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums, von 1993 bis 2002 ordentliches Mitglied des Kuratoriums auf Arbeitnehmerseite, von Ende 2002 bis 2011 nebenamtlicher Vorstandsvorsitzender sowie von 2013 bis 2023 und erneut seit März 2025 Treuhänder bzw. Stellvertreter des Treuhänders unserer Kasse.

In diesen 35 Jahren hat sich Herr Discher mit großem Engagement und hohem Arbeitseinsatz für die betriebliche Altersversorgung der Mitglieder der Kasse eingesetzt. Sein Verständnis für die Belange der Versicherten sowie für die in schwierigen Zeiten notwendigen Reformen hat wesentlich dazu beigetragen, dass rechtzeitig wichtige Weichen für die folgenden Jahre gestellt werden konnten.

Wir werden Herrn Discher stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Am 29. Dezember 2025 verstarb im Alter von 84 Jahren

Gerhard Kaltenmaier

Herr Kaltenmaier, ehemals Gesamtbetriebsratsvorsitzender der SWEG Südwestdeutsche-Verkehrs-Aktiengesellschaft in Lahr, war von 1989 bis 1990 stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums, von 1990 bis Ende 2002 ordentliches Mitglied des Kuratoriums auf Arbeitnehmerseite, dabei von Ende 1996 bis Ende 2002 stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums unserer Kasse.

In dieser Zeit hat sich Herr Kaltenmaier mit großem Engagement für die betriebliche Altersversorgung der Mitglieder der Kasse eingesetzt. Sein Verständnis für die Belange der Versicherten hat auch dazu beigetragen, dass wichtige Weichen für die folgenden Jahre gestellt werden konnten.

Wir werden Herrn Kaltenmaier stets ein ehrendes Andenken bewahren.



Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und
Straßenbahnen VVaG
Volksgartenstraße 54a
50677 Köln

Tel.: +49 221 93 18 17 0
Fax: +49 221 32 45 48
E-Mail: info@pkdes.de
www.pkdes.de

